

# LAGEBERICHT – BERICHT DES VORSTANDS DER L-BANK ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

## GRUNDLAGEN

Die L-Bank ist das Förderinstitut des Landes Baden-Württemberg. Sie hat ihren Sitz in Karlsruhe und eine Niederlassung in Stuttgart. Alleiniger Anteilseigner ist das Land Baden-Württemberg. Als Anstalt des öffentlichen Rechts untersteht die L-Bank der Aufsicht des Landes. Bis zum 03.11.2014 wurde die L-Bank in ihrer Funktion als Kreditinstitut von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank beaufsichtigt. Seit dem 04.11.2014 untersteht sie im Rahmen des einheitlichen Aufsichtsmechanismus (Single Supervisory Mechanism = SSM) der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB).

Die Geschäftstätigkeit der L-Bank wird von dem gesetzlichen Auftrag bestimmt, das Land bei der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben, insbesondere in den Bereichen der Struktur-, Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu unterstützen und dabei Fördermaßnahmen im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Union (EU) durchzuführen. Sowohl Förderziele als auch operative Plangrößen – wie beispielsweise Kundenkreise und Förderschwerpunkte – werden der L-Bank von ihrem Eigentümer durch das L-Bank-Gesetz, durch politische Schwerpunktsetzung und im programmgebundenen Geschäft zusätzlich durch konkrete Programmrichtlinien vorgegeben. Die wesentlichen Geschäftsaktivitäten sind demzufolge maßgeblich durch externe Faktoren geprägt und daher von der L-Bank nur eingeschränkt steuerbar.

## WIRTSCHAFTSBERICHT

### RAHMENBEDINGUNGEN

Nach zwei Jahren moderaten Wachstums expandierte die deutsche Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2014 wieder dynamischer – trotz eines nur mäßigen Verlaufs der Weltwirtschaft sowie der anhaltenden konjunkturellen Schwächephase im Euroraum. Als sich zur Jahresmitte zu diesen ungünstigen weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusätzlich die geopolitischen Risiken verschärften, kam das deutsche Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte jedoch beinahe vollständig zum Erliegen. Auf das Gesamtjahr bezogen verzeichnete das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) gemäß Statistischem Bundesamt einen Zuwachs von 1,5 % gegenüber dem Vorjahr (Stand Januar 2015). Der deutsche Arbeitsmarkt erwies sich trotz der abflachenden konjunkturellen Dynamik im zweiten Halbjahr 2014 als durchgängig stabil und zum Vorjahr verbessert. So lag die Arbeitslosenquote laut Bundesagentur für Arbeit durchschnittlich bei 6,7 % (Stand Januar 2015).

Die wirtschaftliche Entwicklung in Baden-Württemberg folgte dem konjunkturellen Verlauf auf Bundesebene. Die starke Dynamik zum Jahresauftakt schwächte sich im weiteren Jahresverlauf erkennbar ab. Mit einem Wachstum von 1,75 % (Statistisches Landesamt, Stand Dezember 2014) expandierte die Wirtschaft Baden-Württembergs auch im Jahr 2014 stärker als die deutsche Gesamtwirtschaft. Wesentlichen Auftrieb erhielt sie im

ersten Halbjahr 2014 aus dem verarbeitenden Gewerbe und dort insbesondere aus dem Fahrzeug- und Maschinenbau. Der Beschäftigungsaufbau setzte sich weiter fort. Baden-Württemberg erzielte im Bundesvergleich überdurchschnittliche Beschäftigungssteigerungen, die zu einem neuen Höchststand an Erwerbstätigen im Land führten. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote belief sich laut Statistischem Landesamt auf 4,0%, zum Jahresende 2014 lag sie bei 3,8% (Stand Januar 2015).

Sowohl die nachlassende konjunkturelle Entwicklung als auch das anhaltend niedrige Marktzinsniveau prägten 2014 die Geschäftstätigkeit der L-Bank.

## GESCHÄFTSVERLAUF

Der Förderschwerpunkt der L-Bank lag im Berichtsjahr in der Wirtschaftsförderung. Sie verzeichnete ein Neugeschäftsvolumen auf weiterhin hohem, allerdings im Vergleich zum Vorjahr leicht rückläufigem Niveau. Auch in der Wohnraumförderung gingen die Volumina geringfügig zurück. Als volumenstärkste Programme behaupteten sich 2014 die „Wachstumsfinanzierung“ sowie die Programme zur Energieeffizienzfinanzierung, sowohl für mittelständische Unternehmen als auch im wohnwirtschaftlichen Bereich. Positiv entwickelten sich die Infrastrukturförderung und die Sparte Familie, Bildung und Soziales. Über alle Geschäftsfelder hinweg hat die L-Bank ihr anvisiertes Ziel eines gleichbleibend hohen Neugeschäftsvolumens realisiert.

## Wirtschaftsförderung

Um das nachhaltige Wachstum der baden-württembergischen Wirtschaft zu begleiten und Arbeitsplätze zu sichern, finanziert die L-Bank in Zusammenarbeit mit den Hausbanken Investitionsvorhaben von Existenzgründern und etablierten Mittelständlern und unterstützt

Maßnahmen im ländlichen Raum. Sie vergibt zinsverbilligte Darlehen und Zuschüsse und übernimmt gezielt Risiken. Im Berichtsjahr machten sich die Abschwächung des konjunkturellen Wachstums und die geopolitischen Risiken in gewissem Umfang auch bei den Neugeschäftsvolumina in der Wirtschaftsförderung bemerkbar. Die nachlassende Investitionsbereitschaft der Unternehmen schlug sich in der geringeren Inanspruchnahme einzelner Förderprogramme nieder. Dennoch erreichte die L-Bank in diesem Geschäftsfeld auch im Jahr 2014 mit 2.962,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3.211,5 Mio. Euro) ein hohes Neugeschäftsvolumen.

Existenzgründer und junge Unternehmen förderte die L-Bank wie im Vorjahr insbesondere mit dem Programm „Gründungsfinanzierung“, das Unterstützung auf dem Weg in die Selbstständigkeit sowie bei der Erweiterung und Übernahme bestehender Unternehmen gewährt. Das Neugeschäftsvolumen nahm trotz leicht rückläufiger Gründungsaktivität in Baden-Württemberg von 437,7 Mio. Euro auf 439,9 Mio. Euro zu.

Die etablierten Unternehmen des baden-württembergischen Mittelstands wurden im Jahr 2014 mit einer Vielzahl von Programmen in einem Gesamtumfang von 2.174,6 Mio. Euro (Vorjahr: 2.398,0 Mio. Euro) gefördert. Die „Wachstumsfinanzierung“, die der Finanzierung von Unternehmensinvestitionen jeder Art dient, war nach wie vor das volumenstärkste Programm. Die Zusagen beliefen sich auf 838,8 Mio. Euro (Vorjahr: 925,9 Mio. Euro). Auch die Nachfrage nach Darlehen für betriebliche Investitionen, die einen deutlichen Energiespareffekt erzielen sollen, hielt an. Allerdings wurden die Zusagen des Jahres 2013, in dem weit überdurchschnittliche Volumina verzeichnet worden waren, nicht erreicht. So nahmen die Finanzierungen im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ von 730,0 Mio. Euro auf 641,4 Mio. Euro ab. Die Neugeschäftszahlen im „Liquiditätskredit“ (79,7 Mio. Euro, Vorjahr: 117,2 Mio. Euro) zeigen, dass die Unternehmen noch von einem

erfolgreichen Vorjahr profitierten und daher weniger Darlehen für Betriebsmittel, Konsolidierungen und Betriebsübernahmen benötigten. Positiv entwickelte sich die Nachfrage nach Darlehen im Programm „Investitionsfinanzierung“. Gefördert werden hier betriebliche Investitionen in ländlichen Gebieten in Baden-Württemberg. Diese legten um 12,6 Mio. Euro auf 227,8 Mio. Euro zu (Vorjahr: 215,2 Mio. Euro).

In der Landwirtschaftsförderung lagen die Neugeschäftszahlen mit 144,2 Mio. Euro nahezu auf Vorjahresniveau (148,8 Mio. Euro). Zwar wurde das Programm „Neue Energien – Energie vom Land“, mit dem die Produktion von Energie auf Basis erneuerbarer Energieträger gefördert wird, wieder besser nachgefragt als im Vorjahr, sodass das Darlehensvolumen von 29,3 Mio. Euro auf 37,5 Mio. Euro stieg. Der Zuwachs konnte jedoch den Rückgang insbesondere im Programm „Landwirtschaft – Wachstum“ von 86,8 Mio. Euro auf 75,0 Mio. Euro nicht vollständig kompensieren. Mit diesem Programm werden Investitionen in der Landwirtschaft unterstützt, die zur Senkung der Produktionskosten oder zur Verbesserung der Produktions- und Arbeitsbedingungen und damit im Ergebnis zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Sektors beitragen. Den Rückgang führt die L-Bank auf eine sinkende Investitionsbereitschaft zurück, die auch im Bereich der Landwirtschaft festzustellen war.

### Wohnraumförderung

Mit zinsverbilligten Darlehen und Zuschüssen fördert die L-Bank die Schaffung und den Erwerb eigengenutzten und vermieteten Wohnraums. Durch die Finanzierung von Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen leistet sie darüber hinaus einen Beitrag zur energetischen Sanierung und zum barrierefreien Umbau bestehender Objekte. Entgegen den Erwartungen wurde das hohe Neugeschäftsvolumen des Vorjahres in der Wohn-

raumförderung nicht ganz erreicht; es belief sich auf 1.985,9 Mio. Euro (Vorjahr: 2.229,9 Mio. Euro). Die rückläufige Nachfrage nach Fördermitteln im Berichtsjahr betrifft vor allem die Programme zur Finanzierung energieeffizienzsteigernder Maßnahmen.

In der Wohneigentumsförderung gingen die Zusagen von 1.634,9 Mio. Euro auf 1.515,4 Mio. Euro zurück. Die Neugeschäftszahlen im Landeswohnraumförderungsprogramm bewegten sich mit 264,7 Mio. Euro nur geringfügig unterhalb des Vorjahreswertes (273,4 Mio. Euro), obwohl das Programm im Jahr 2014 im Vergleich zum allgemeinen Marktzinsniveau zeitweise weniger attraktiv war. Mit 858,0 Mio. Euro (Vorjahr: 961,2 Mio. Euro) lag der volumenmäßige Schwerpunkt in der Wohneigentumsförderung auf den Energieeffizienzprogrammen. Auf das Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Bauen“, mit dem Neubau und Kauf von energiesparenden Wohnhäusern und Eigentumswohnungen unterstützt werden, entfielen Darlehen in Höhe von 532,3 Mio. Euro (Vorjahr: 575,6 Mio. Euro). Einzelmaßnahmen, die deutliche Energieeinsparungen bewirken, sowie Umbauten zur Erreichung eines Effizienzhausstandards wurden im Programm „Energieeffizienzfinanzierung – Sanieren“ mit einem Volumen von 325,6 Mio. Euro gefördert (Vorjahr: 385,6 Mio. Euro). Nachdem im Vorjahr in diesen Programmen außerordentlich hohe Neugeschäftsvolumina erzielt worden sind, scheint nunmehr bei guter Marktdurchdringung ein nachhaltiges Niveau erreicht zu sein. Ebenfalls rückläufig war das Darlehensvolumen im Programm „Wohnen mit Zukunft: Erneuerbare Energien“, das auf den Einbau von heiztechnischen Anlagen sowie von Anlagen zur Warmwasseraufbereitung auf Basis regenerativer Energien abzielt (20,0 Mio. Euro; Vorjahr: 49,5 Mio. Euro). Der Rückgang in diesem Programm ist auf eine verhaltene Konditionengestaltung seitens der L-Bank zurückzuführen; die Installation der mit dem Programm geförderten Anlagen wurde bereits durch Bundesmittel vergleichsweise hoch bezuschusst. Stark

nachgefragt wurde hingegen das Programm „Wohnen mit Kind“, in dessen Rahmen Darlehen in Höhe von 300,0 Mio. Euro (Vorjahr: 279,3 Mio. Euro) an Familien mit mindestens einem Kind für den Erwerb oder Neubau eines Eigenheims ausgereicht wurden. Maßgeblich für diese Zunahme sind der hohe Bekanntheitsgrad des Programms und das unkomplizierte Antragsverfahren.

Neben der Wohneigentumsförderung setzt sich die L-Bank auch für die Schaffung und Modernisierung von Mietwohnraum ein. Besonders positiv stellte sich hierbei die Entwicklung im Landeswohnraumförderungsprogramm dar, dessen Neugeschäftsvolumen um 126,0 Mio. Euro auf 132,6 Mio. Euro anstieg (Vorjahr: 6,6 Mio. Euro). Im Berichtsjahr wurden insbesondere Anträge aus dem Vorjahr bearbeitet, die wegen der bis September 2013 verzögerten beihilferechtlichen Freigabe der EU nicht mehr im Jahr 2013 bewilligt werden konnten. Einen Rückgang verbuchte hingegen das bankeigene Förderprogramm zur Finanzierung von Neubauten, da viele Investoren im Berichtsjahr noch bestehende Projekte abarbeiteten und daher nur wenige neue Maßnahmen in Angriff nahmen. Das Neugeschäftsvolumen belief sich auf 54,3 Mio. Euro (Vorjahr: 78,4 Mio. Euro). Die Zusagen bei den weiteren L-Bank-Finanzierungen lagen mit 265,2 Mio. Euro zwar unter dem Niveau des Vorjahres (491,1 Mio. Euro), bewegten sich aber immer noch oberhalb der Volumina des Jahres 2012. Der Rückgang beruht insbesondere auf dem Sondereffekt einer einmaligen großvolumigen Projektfinanzierung im Vorjahr. Über die gesamte Mietwohnraumförderung hinweg lag das Neugeschäftsvolumen bei 452,1 Mio. Euro (Vorjahr: 576,1 Mio. Euro).

Die Förderung von Wohnungseigentümergeinschaften mit dem Ziel der energetischen Sanierung oder barrierefreien Modernisierung von Wohngebäuden verharnte mit 18,4 Mio. Euro auf dem Stand des Vorjahres (18,8 Mio. Euro).

## Sonstige Entwicklungen

Die L-Bank stärkt den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit Finanzierungslösungen für kommunale und soziale Infrastrukturprojekte und setzt sich für die Realisierung von Infrastrukturvorhaben durch die Gewährung von Darlehen oder durch andere Finanzierungsinstrumente ein. So beteiligt sich die L-Bank unter anderem an Konsortialfinanzierungen von Public-Private-Partnerships und finanziert Konzessions- und Mietmodelle. Schließlich unterstützt sie das Land Baden-Württemberg bei infrastrukturellen Vorhaben. Aufgrund der gestiegenen Nachfrage im öffentlichen Sektor wurden im Berichtsjahr Neugeschäftsvolumina in Höhe von 2.637,4 Mio. Euro realisiert (Vorjahr: 968,3 Mio. Euro).

Als Dienstleister für das Land übernimmt die L-Bank die Durchführung zahlreicher Finanzhilfen. Neben Mitteln des Landes, der Europäischen Union und des Bundes werden Subventionen der Baden-Württemberg Stiftung gGmbH sowie der MFG Medien- und Filmgesellschaft Baden-Württemberg mbH ausgereicht. Im Berichtsjahr wurde ein Bewilligungsvolumen von 809,6 Mio. Euro bearbeitet, was einem Anteil von 9,2 % am gesamten Neugeschäftsvolumen der L-Bank entspricht. Wegen ausgelaufener Sonderförderungen fiel es geringer aus als im Vorjahr (1.046,8 Mio. Euro). Die wesentlichen Programme waren nach wie vor die Krankenhausfinanzierung (317,3 Mio. Euro; Vorjahr: 524,8 Mio. Euro), Maßnahmen im Bereich Wasser, Abwasser, Hochwasserschutz, Altlasten und Wasserkraft (102,0 Mio. Euro; Vorjahr: 101,5 Mio. Euro) sowie Investitionen in den Schulhausbau (96,8 Mio. Euro; Vorjahr: 85,7 Mio. Euro). Daneben unterstützte die L-Bank Familien im Auftrag von Bund bzw. Land insbesondere durch die Vergabe von Bundeseltern- und Betreuungsgeld. Das Bewilligungsvolumen im Elterngeld stieg unter anderem wegen der erhöhten Zahl von Paaren, bei denen beide

Elternteile Elterngeld beantragten, von 749,4 Mio. Euro auf 840,3 Mio. Euro. Im Betreuungsgeld weitete sich das Volumen von 67,8 Mio. Euro auf 197,7 Mio. Euro aus. Die Leistung war zum 01.08.2013 eingeführt worden, sodass das Berichtsjahr das erste vollständige Bewilligungsjahr darstellte.

Die L-Bank war zum Bilanzstichtag mit einem Buchwert von 594,1 Mio. Euro (Vorjahr: 512,8 Mio. Euro) an Unternehmen beteiligt. Das Beteiligungsportfolio der L-Bank umfasst strategische und kreditersetzende Beteiligungen sowie Beteiligungen an Tochterunternehmen zur Standortentwicklung in Baden-Württemberg.

Der Buchwert der strategischen Beteiligungen, die die L-Bank im Auftrag des Landes Baden-Württemberg hält, belief sich zum Jahresende 2014 auf 488,9 Mio. Euro (Vorjahr: 430,1 Mio. Euro). Die Veränderung zum Vorjahr beruht auf einer Zuführung in die Kapitalrücklage bei einem Beteiligungsunternehmen.

Über den L-EA Mittelstandsfonds beteiligt sich die L-Bank als Co-Investor an etablierten mittelständischen Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg oder unterstützt diese mit maßgeschneiderten Mezzanine-Finanzierungskonzepten. Mit einem Teilvolumen von 50,0 Mio. Euro engagiert sich die L-Bank bei Unternehmen der IT- und Softwarebranche, deren Produkte bereits am Markt eingeführt sind, die aber finanzielle Unterstützung für ihr weiteres Wachstum benötigen (Teilportfolio Venture Capital). Die Nachfrage nach Produkten des L-EA Mittelstandsfonds war unverändert hoch, was sich auch in der regen Investitionstätigkeit ausdrückte. Die Investitionen inklusive Nachrangdarlehen beliefen sich 2014 auf insgesamt 30,7 Mio. Euro (Vorjahr: 19,9 Mio. Euro). Hiervon entfielen 10,6 Mio. Euro (Vorjahr: 5,4 Mio. Euro) auf Finanzierungen aus dem

Teilportfolio Venture Capital. Zugleich hat die L-Bank die Marktgegebenheiten genutzt, um fünf Engagements (davon zwei aus dem Teilportfolio Venture Capital) zu veräußern. Zum Bilanzstichtag beinhaltete das Portfolio des L-EA Mittelstandsfonds 20 Engagements mit einem Investitionsvolumen von 170,5 Mio. Euro (Vorjahr: 159,0 Mio. Euro). Das Teilportfolio Venture Capital belegte davon mit fünf Engagements 27,4 Mio. Euro (Vorjahr: fünf Engagements, 20,4 Mio. Euro).

Der Buchwert der Beteiligungen des L-EA Mittelstandsfonds sowie der weiteren kreditersetzenden Beteiligungen lag bei 82,2 Mio. Euro (Vorjahr: 57,1 Mio. Euro).

Über Tochtergesellschaften betreibt die L-Bank Technologie- und Gewerbeparks an hochschul- und forschungsnahen Standorten. Sie verfolgt damit das Ziel, ein immobilienwirtschaftliches Medium für den Technologietransfer von der Wissenschaft in die Wirtschaft bereitzustellen. Die Parks heben sich vom sonstigen gewerblichen Vermietungsangebot insbesondere durch ihr Parkmanagement und ergänzende Serviceleistungen, unter anderem in Form von Konferenz- und Schulungsräumen sowie Kindergärten und Grundschulklassen, ab. Daneben betreibt die L-Bank verschiedene nationale Infrastrukturprojekte sowie das German Centre in Indonesien. Zum 31.12.2014 gewährte die L-Bank den Unternehmen zur Standortentwicklung Fremdkapital in Höhe von 83,0 Mio. Euro (Vorjahr: 65,1 Mio. Euro); der Beteiligungsbuchwert verringerte sich auf 23,0 Mio. Euro (Vorjahr: 25,6 Mio. Euro).

Im Rahmen ihrer Aktiv-/Passivsteuerung verfolgte die L-Bank weiterhin einen konservativen Investitionsansatz mit klarem Fokus auf gute und sehr gute Schuldnerqualitäten. Der Bestand setzt sich zu mehr als zwei Dritteln aus Titeln in den Ratingstufen AAA und AA zusammen.

## LAGE

### Ertragslage

Die Ertragslage der L-Bank wird durch die nachfolgende betriebswirtschaftlich orientierte Ergebnisrechnung verdeutlicht. In dieser werden die handelsrechtlich als Zinsaufwand darzustellenden Zinssubventionen und andere Förderaufwendungen als Leistungen an das Land Baden-Württemberg und somit als Ergebnisverwendung dargestellt. Der Zinsüberschuss war im Berichtsjahr aufgrund des niedrigen Zinsniveaus erwartungsgemäß rückläufig (38,5 Mio. Euro bzw. 9,3 %), blieb aber unverändert die wichtigste Ertragsquelle der L-Bank.

Der Provisionsüberschuss in Höhe von 42,4 Mio. Euro (Vorjahr: 41,2 Mio. Euro) war geprägt durch die Zahlungen des Landes für Dienstleistungen der L-Bank. Hierzu gehören insbesondere die Ausreichung von Mitteln der Familienförderung (Eltern-, Erziehungs- und Betreuungsgeld) und die Gewährung von Finanzhilfen (Krankenhausförderung u. a.). Die Zunahme des Provisionsüberschusses um 1,2 Mio. Euro resultierte hauptsächlich aus zusätzlichen Kostenerstattungen für die Weiterleitung von EU-Zuschüssen.

Die Verwaltungsaufwendungen, die neben dem Personal- und Sachaufwand auch die Abschreibungen auf Sachanlagen umfassen, sind erwartungsgemäß gegenüber dem Vorjahr um 11,4 % auf 165,6 Mio. Euro (Vorjahr: 148,7 Mio. Euro) gestiegen. Ursächlich für die Steigerung waren im Wesentlichen Aufwendungen für notwendige bauliche Maßnahmen an Bankgebäuden, insbesondere zum Brandschutz und zur Sanierung, sowie Tariflohnerhöhungen und Aufwendungen im Zusammenhang mit der Umsetzung von IT-Projekten.

Das Nettoergebnis aus sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen hat sich erwartungsgemäß negativ entwickelt (-4,9 Mio. Euro, Vorjahr: 12,7 Mio. Euro), da Erträge aus der Erbringung von Dienstleistungen für Dritte entfallen sind. Daneben haben unter anderem Aufwendungen für vermietete Gebäude das Ergebnis belastet. Das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen war erwartungsgemäß rückläufig und betrug 247,4 Mio. Euro (Vorjahr: 319,2 Mio. Euro).

Das Bewertungsergebnis hat sich von -25,4 Mio. Euro im Vorjahr auf 61,0 Mio. Euro verbessert. Ursächlich waren insbesondere höhere Auflösungen von Risikovorsorge und Erträge aus der Veräußerung von Beteiligungen. Damit konnte das Betriebsergebnis um 14,6 Mio. Euro auf 308,4 Mio. Euro gesteigert werden. Das verteilungsfähige Ergebnis der L-Bank belief sich auf 307,5 Mio. Euro (Vorjahr: 293,2 Mio. Euro).

Das Land Baden-Württemberg erhielt aus dem Jahresergebnis 2014 einen Betrag in Höhe von 128,3 Mio. Euro (Vorjahr: 142,4 Mio. Euro). Davon wurden 114,2 Mio. Euro (Vorjahr: 127,1 Mio. Euro) für Zinssubventionen und Zuschüsse aufgewendet. Der Beitrag zur Unterstützung des Straßenbaus in Baden-Württemberg betrug 14,1 Mio. Euro (Vorjahr: 15,3 Mio. Euro). Der Fonds für allgemeine Bankrisiken wurde mit 130,0 Mio. Euro (Vorjahr: 50,0 Mio. Euro) dotiert.

Der Jahresüberschuss belief sich auf insgesamt 49,2 Mio. Euro (Vorjahr: 100,8 Mio. Euro). Unter Berücksichtigung des Gewinnvortrags aus dem Vorjahr ergab sich ein Bilanzgewinn in Höhe von 50,3 Mio. Euro. Es ist vorgesehen, hiervon 50,0 Mio. Euro zur Erhöhung der Kernkapitalquote in die anderen Gewinnrücklagen einzustellen und 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

| ERGEBNISDARSTELLUNG UNTER BETRIEBSWIRTSCHAFTLICHER BETRACHTUNG in Mio. Euro |                                 |                                 |              |                     |
|---|---------------------------------|---------------------------------|--------------|---------------------|
|   | 01.01.2014<br>bis<br>31.12.2014 | 01.01.2013<br>bis<br>31.12.2013 | Veränderung  | Veränderung<br>in % |
| Zinsüberschuss  | 375,5                           | 414,0                           | -38,5        | -9,3                |
| Provisionsüberschuss  | 42,4                            | 41,2                            | 1,2          | 2,9                 |
| Nettoergebnis aus sonstigen Erträgen/<br>Aufwendungen                       | -4,9                            | 12,7                            | -17,6        | < -100,0            |
| Verwaltungsaufwendungen   | 165,6                           | 148,7                           | 16,9         | 11,4                |
| <b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/<br/>Bewertungen</b>                 | <b>247,4</b>                    | <b>319,2</b>                    | <b>-71,8</b> | <b>-22,5</b>        |
| Bewertungsergebnis  | 61,0                            | -25,4                           | 86,4         | >100,0              |
| <b>Betriebsergebnis</b>   | <b>308,4</b>                    | <b>293,8</b>                    | <b>14,6</b>  | <b>5,0</b>          |
| Ertragsteuern   | 0,9                             | 0,6                             | 0,3          | 50,0                |
| <b>Verteilungsfähiges Ergebnis</b>  | <b>307,5</b>                    | <b>293,2</b>                    | <b>14,3</b>  | <b>4,9</b>          |
| Aufwand für Zinsverbilligungszuschüsse<br>und weitere Zuschüsse             | 114,2                           | 127,1                           | -12,9        | -10,1               |
| Beitrag Straßenbauinvestitionsprogramm                                      | 14,1                            | 15,3                            | -1,2         | -7,8                |
| Zuführung zum Fonds für allgemeine<br>Bankrisiken                           | 130,0                           | 50,0                            | 80,0         | >100,0              |
| <b>Jahresüberschuss</b>   | <b>49,2</b>                     | <b>100,8</b>                    | <b>-51,6</b> | <b>-51,2</b>        |

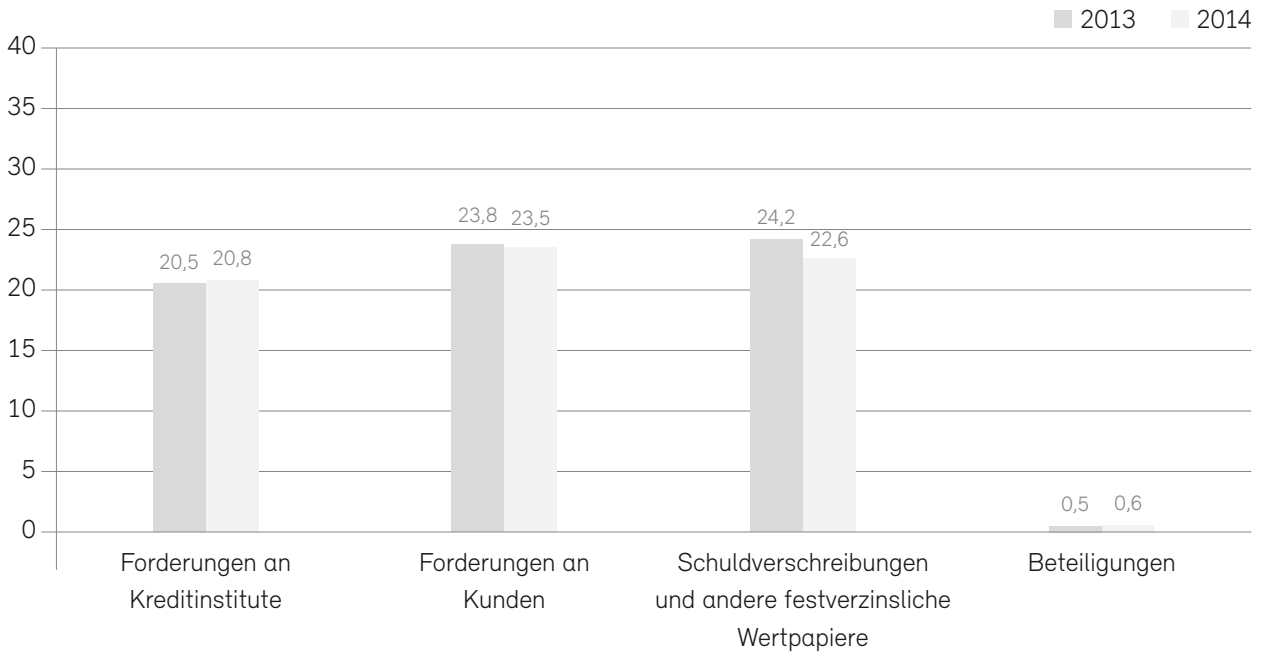
### Vermögenslage

Die Bilanzsumme der L-Bank blieb erwartungsgemäß nahezu konstant und betrug 70.190,1 Mio. Euro (Vorjahr: 70.682,1 Mio. Euro). Die Struktur der Aktivseite war unverändert. Auf der Passivseite kam es stichtagsbezogen zu einer Verschiebung der Refinanzierung

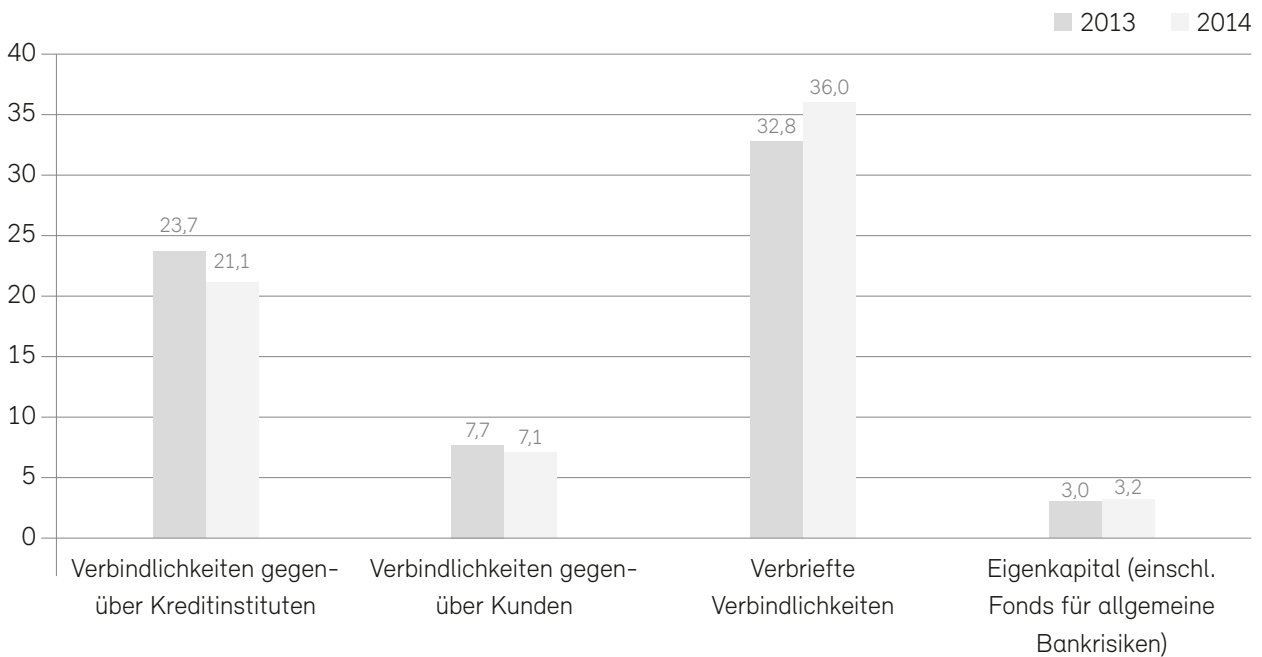
von den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten zu den verbrieften Verbindlichkeiten.

Das Geschäftsvolumen, das auch Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen umfasst, ging zum Bilanzstichtag um 1,8% auf 77.995,2 Mio. Euro leicht zurück (Vorjahr: 79.391,8 Mio. Euro).

**AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER AKTIVSEITE** in Mrd. Euro



**AUSGEWÄHLTE POSITIONEN DER PASSIVSEITE** in Mrd. Euro





## Finanzlage

Die L-Bank verfügt als Staatsbank für Baden-Württemberg über Anstaltslast und Gewährträgerhaftung sowie über eine explizite Garantie des Landes. Letztere führt faktisch zu einer bonitätsmäßigen Gleichstellung mit dem Land Baden-Württemberg. Die Ratingagenturen Moody's Investors Service und Standard & Poor's bewerten die L-Bank daher weiterhin mit ihrer besten Einstufung von Aaa bzw. AAA. Zudem können Kreditinstitute L-Bank-Anleihen als Aktiva der höchsten Liquiditätsstufe in der kurzfristigen Liquiditätskennziffer LCR (Liquidity Coverage Ratio) anrechnen.

Die L-Bank konnte auch im abgelaufenen Geschäftsjahr ihre Refinanzierungsziele bezüglich Volumen, Fälligkeit und Struktur durch diversifizierte Nutzung ihrer Refinanzierungsvarianten erreichen. Der strategische Schwerpunkt der Refinanzierung lag weiterhin im Laufzeitbereich von zwei bis fünf Jahren. Zentrales Instrument hierfür ist das „Debt Issuance Programme“ mit einem Rahmenvolumen von 30.000,0 Mio. Euro, das per 31.12.2014 mit 21.341,9 Mio. Euro (Vorjahr: 18.728,1 Mio. Euro) ausgelastet war. Im Berichtsjahr wurden wieder eine fünfjährige Benchmark-Anleihe über 1.000,0 Mio. Euro sowie zwei Benchmark-Anleihen in US-Dollar über je 2.000,0 Mio. Euro mit Laufzeiten von zwei und fünf Jahren begeben. Daneben wurden Privatplatzierungen in verschiedenen Währungen, vornehmlich in Euro, US-Dollar, britischen Pfund und japanischen Yen, emittiert. Zu erwähnen sind zudem zwei Refinanzierungen über 350,0 Mio. und 200,0 Mio. australische Dollar mit einer Laufzeit von vier bzw. elf Jahren sowie eine Anleihe im chinesischen Markt über 750,0 Mio. Renminbi mit gut einjähriger Laufzeit. Das Gesamtvolumen der mittel- und langfristigen Kapitalmarktrefinanzierungen belief sich auf 9.858,6 Mio. Euro (Vorjahr: 7.475,5 Mio. Euro). Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus übte die L-Bank in größerem Umfang Kündigungsrechte bei eigenen Emissionen aus. Daher lag das Refinanzierungsvolumen über dem für das Geschäftsjahr 2014 geplanten Wert. Die

Auslastung des „Commercial Paper Programme“, das einen Rahmenumfang von 15.000,0 Mio. Euro aufweist und der kurzfristigen Refinanzierung dient, lag zum Jahresende bei 9.446,3 Mio. Euro (Vorjahr: 8.572,8 Mio. Euro).

Zusätzlich nutzte die L-Bank für verschiedene Förderprogramme die Refinanzierungsangebote der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank, soweit dies aufgrund der Programmkompatibilität der Institute möglich war.

Die Liquidität war im abgelaufenen Geschäftsjahr gesichert, sämtliche aufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden jederzeit eingehalten.

Die Angemessenheit der Eigenmittelausstattung wird nach der Capital Requirements Regulation (CRR) ermittelt. Nachfolgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Eigenmittel per 31.12.2014 vor Feststellung des Jahresabschlusses durch den Verwaltungsrat der L-Bank.

| EIGENMITTEL in Mio. Euro                       |         |
|--|---------|
| Hartes Kernkapital nach Abzugspositionen       | 2.985,9 |
| Zusätzliches Kernkapital nach Abzugspositionen | 0,0     |
| Ergänzungskapital nach Abzugspositionen        | 568,8   |
| Summe der Eigenmittel                          | 3.554,7 |

Am 04.11.2014 hat die EZB im Rahmen des SSM die direkte Aufsicht über 120 Bankengruppen der Eurozone übernommen. Auch die L-Bank untersteht seit diesem Zeitpunkt der direkten Aufsicht der EZB. In Vorbereitung auf diese Aufsichtsfunktion hat die EZB bei den betroffenen Banken ein Comprehensive Assessment bestehend aus einer Prüfung der Bilanzaktiva (Asset Quality Review) und einem Stresstest durchgeführt. Die

L-Bank hat sowohl die Bilanzprüfung als auch beide Szenarien des Stresstests (Basisszenario und adverse Szenario) bestanden: Aus der Bilanzprüfung ergab sich kein Korrekturbedarf. Die Mindestkernkapitalquote für das Basisszenario des Stresstests hat die EZB auf 8 % Common Equity Tier 1 (CET 1) festgesetzt, die am Ende der drei im Test betrachteten Jahre 2014, 2015 und 2016 erreicht werden musste; die Kernkapitalquote der L-Bank lag im Basisszenario bei 13,8 %. Für das adverse Szenario wurde die Mindestkernkapitalquote auf 5,5 % festgelegt. Sie musste lediglich 2016, also am Ende des projizierten Drei-Jahres-Zeitraums, eingehalten werden. Die Kernkapitalquote der L-Bank belief sich in diesem Szenario auf 11,2 %. Die detaillierten Ergebnisse des Comprehensive Assessment können im Internet unter [www.l-bank.de](http://www.l-bank.de), Stichwort „AQR“, abgerufen werden.

## ZUSAMMENFASSENDE DARSTELLUNG VON GESCHÄFTSVERLAUF UND LAGE

Sowohl der Geschäftsverlauf als auch die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage der L-Bank waren im Berichtsjahr zufriedenstellend.

## PERSONAL

Die L-Bank beschäftigte zum Bilanzstichtag 1.250 Mitarbeiter (Vorjahr: 1.252); 58,5 % (Vorjahr: 58,3 %) von ihnen waren weiblich. Die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag per 31.12.2014 bei 17,4 Jahren und stieg damit gegenüber dem Vorjahr (17,0 Jahre) leicht an. Auch das Durchschnittsalter der Beschäftigten erhöhte sich weiter auf 46,2 Jahre (Vorjahr: 45,8 Jahre). Die Fluktuation ist traditionell niedrig und lag zum Jahresende 2014 bei 2,47 % (Vorjahr: 1,7 %).

Unter Berücksichtigung von Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung strebt die L-Bank bei der Besetzung von Führungsfunktionen eine angemessene Geschlech-

terverteilung an, das heißt in der Regel eine Berücksichtigung von Frauen und Männern zu gleichen Teilen. Zum Bilanzstichtag waren 75 weibliche Führungskräfte (Vorjahr: 77) bei der L-Bank beschäftigt. Dies entsprach einer Quote von 33,6 % (Vorjahr: 34,2 %). Auf der Ebene unmittelbar unterhalb des Vorstands machte der Anteil der weiblichen Führungskräfte 32,0 % aus (Vorjahr: 33,3 %).

Zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf bietet die L-Bank unter anderem eine flexible Arbeitszeitordnung, Kinderbetreuungsplätze und Eltern-Kind-Büros an den Standorten Karlsruhe und Stuttgart. Außerdem berücksichtigt sie individuelle Teilzeitwünsche ihrer Mitarbeiter. So waren per Bilanzstichtag 24,8 % der Mitarbeiter in Teilzeit tätig (Vorjahr: 25,3 %). Seit dem Berichtsjahr werden freie Stellen grundsätzlich mit dem Hinweis ausgeschrieben, dass eine Besetzung auch in Teilzeit möglich ist.

Nachwuchskräfte werden vielfach aus den eigenen Reihen gewonnen. Abiturienten ermöglicht die L-Bank eine Bachelor-Ausbildung in Zusammenarbeit mit den Dualen Hochschulen (DH) in Karlsruhe und Stuttgart. Im Berichtsjahr absolvierten – wie im Vorjahr – 38 Mitarbeiter ein solches DH-Studium. Hochschulabsolventen werden im Rahmen eines individuell gestalteten Trainee-programms auf ihre zukünftigen Fach- oder Führungsaufgaben in der L-Bank vorbereitet.

Mit Wirkung zum 01.01.2014 ist die Neufassung der Institutsvergütungsverordnung (InstitutsVergV) in Kraft getreten. Da die L-Bank seit dem 04.11.2014 im Rahmen des SSM der direkten Aufsicht durch die EZB untersteht, gilt sie gemäß § 17 InstitutsVergV als bedeutendes Institut im Sinne der Vorschriften. Als solches hat sie zusätzlich zu den allgemeinen Anforderungen an Vergütungssysteme die anspruchsvolleren Anforderungen der §§ 18 ff. InstitutsVergV zu erfüllen. Um den gesetzlichen Anforderungen nachzukommen, hat die L-Bank ihre Vergütungssysteme im Berichtsjahr

nach Beschluss der zuständigen Gremien neu strukturiert. Für die Tarifangestellten hat die L-Bank mit dem Gesamtpersonalrat eine neue Dienstvereinbarung abgeschlossen. Mit den außertariflich Beschäftigten wurden entsprechende Arbeitsvertragsänderungen vereinbart. Die Vergütungssysteme der L-Bank sehen nunmehr auf keiner Ebene mehr variable Vergütungsbestandteile vor.

Nachdem Christian Brand zum 30.06.2014 regulär aus der L-Bank ausgeschieden ist, hat Dr. Axel Nawrath zum 01.07.2014 den Vorsitz des Vorstands der L-Bank übernommen.

## NACHHALTIGKEITSBERICHT

Ein auf nachhaltige Entwicklung der L-Bank und des Landes Baden-Württemberg ausgerichtetes Handeln ergibt sich aus dem gesetzlichen Förderauftrag der Bank und stellt die Grundlage ihrer Geschäftstätigkeit dar. Die L-Bank trägt dazu mit passenden Förderangeboten bei. Daneben besitzt die L-Bank als Landesunternehmen eine besondere Verantwortung für Umweltschutz und vorbildliches unternehmerisches Handeln.

Um den Nachhaltigkeitsgedanken in den Unternehmen des Landes zu verbreiten und zu verankern, hat das Land die baden-württembergische WIN-Charta entwickelt. Die L-Bank übernimmt als einer der Erstunterzeichner eine Vorreiterrolle. Gleichzeitig wird damit auch die im Vorjahr erfolgte freiwillige Verpflichtung der L-Bank auf das Ziel des Klimaschutzgesetzes Baden-Württemberg mit Leben erfüllt.

Erstmals wurde Anfang 2014 ein Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, dessen Schwerpunkt auf den nichtfinanziellen Auswirkungen der L-Bank-Geschäftstätigkeit liegt. Grundlage ist ein Nachhaltigkeitsmanagementsystem, das nachhaltige Entwicklung in der L-Bank messbar und damit kontrollierbar macht. Im Berichtsjahr wurde dieses Nachhaltigkeitsmanagementsystem bei-

spielsweise um eine Paper Policy ergänzt. Zudem wurde damit begonnen, ein systematisches Umweltmanagementsystem aufzubauen. In diesem Zusammenhang wurden erste Schritte im Hinblick auf eine Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie 2012/27/EU unternommen, die eine verpflichtende Durchführung regelmäßiger Energieaudits in den Unternehmen vorsieht. Bereits die bisher erreichte höhere Transparenz der Abläufe und die bessere Zuordnung der Verbräuche haben sich positiv ausgewirkt.

## NACHTRAGSBERICHT

Vorgänge von besonderer Bedeutung haben sich nach Schluss des Geschäftsjahres zum 31.12.2014 nicht ereignet.

## PROGNOSEBERICHT

Die Verunsicherung bei Unternehmen und Verbrauchern aufgrund der geopolitischen Spannungen und der drohenden Verschärfung der Eurokrise dürfte zumindest im ersten Quartal 2015 einen dämpfenden Einfluss auf die Wirtschaftsentwicklung haben. Insbesondere drohen die für ein Produktionswachstum wichtigen unternehmerischen Investitionen im Inland weiterhin auf dem Niveau des Jahres 2014 zu verharren. Auftriebskräfte entfalten hingegen die fallenden Rohstoffpreise, der im Dollarvergleich schwache Eurokurs sowie das Erstarken wichtiger Handelspartner wie der USA und Großbritannien. Angesichts dieser konjunkturellen Pattsituation geht die L-Bank für das Jahr 2015 von einem moderaten Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts in einem Intervall zwischen 1,0% und 1,2% aus. Der private Verbrauch dürfte sich dabei aufgrund der stabilen Arbeitsmarktlage sowie der perspektivischen Reallohnsteigerungen weiterhin positiv entwickeln und somit stützend auf die konjunkturelle Entwicklung wirken. Wegen der verhaltenen Expansionsaussichten wird sich die Zahl der

Arbeitslosen im Jahr 2015 voraussichtlich leicht erhöhen. Die L-Bank schließt sich der Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute vom Herbst 2014 an, die für das Jahr 2015 einen leichten Anstieg der Arbeitslosenquote auf 6,8 % prognostizieren.

Die ambivalente Lage der deutschen Wirtschaft gilt auch für Baden-Württemberg, aufgrund der überdurchschnittlichen Industrie- und Exportorientierung jedoch in verstärktem Maße: Der voraussichtlich anhaltend niedrige Rohölpreis und der exportfreundliche Eurokurs sollten den zentralen baden-württembergischen Industriebranchen Auftrieb geben. Insofern dürfte sich die baden-württembergische Wirtschaft auch im Jahr 2015 dynamischer entwickeln als die gesamtdeutsche. Auch in Baden-Württemberg wird die konjunkturelle Entwicklung mindestens bis Mitte 2015 moderat verlaufen. Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg geht für 2015 von einem BIP-Wachstum von preisbereinigt 1,25 % aus (Stand Dezember 2014). Die L-Bank rechnet hieran angelehnt mit einem realen Wirtschaftswachstum zwischen 1,2 % und 1,4 %. Der robuste Arbeitsmarkt und weitere Aussichten auf überdurchschnittliche Reallohnsteigerungen bei stabilen Preisen und zu erwartenden Lohnzuwächsen dürften auch im Jahr 2015 die Binnenkonjunktur zu einer wichtigen Wachstumsstütze werden lassen. Nach den guten Beschäftigungsquoten im Jahr 2014 erwartet die L-Bank für Baden-Württemberg weiterhin steigende Erwerbstätigenzahlen, wenn auch mit 0,6 % in moderatem Ausmaß.

Einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sieht die L-Bank auch im kommenden Jahr in der Förderung von Existenzgründern, etablierten Mittelständlern und landwirtschaftlichen Betrieben. Angesichts der wirtschaftlichen Prognosen wird insgesamt mit einer moderaten Nachfrageentwicklung gerechnet. Um den Unternehmen verstärkt bedarfsgerechte Angebote unterbreiten zu können, sind Änderungen bei einzelnen Programmen geplant. So soll im kommenden Geschäftsjahr die „Energieeffizienzfinanzierung – Mittelstand“ um den Programmteil

„Materialeffizienz und Umwelttechnik“ erweitert und unter dem neuen Namen „Ressourceneffizienzfinanzierung“ weitergeführt werden. Mit der Erweiterung können zusätzlich Maßnahmen zur Steigerung der Ressourceneffizienz sowie allgemeine Umweltschutzmaßnahmen gefördert werden. Wegen der attraktiven Konditionengestaltung und zusätzlicher Vertriebsaktivitäten wird mit leicht höheren Neugeschäftszahlen als im Berichtsjahr gerechnet. Eine ebenfalls positive Entwicklung erwartet die L-Bank in der „Gründungsfinanzierung“. Dort wurde bereits zum 01.12.2014 die Förderung auf einen Zeitraum von fünf Jahren nach Aufnahme der Geschäftstätigkeit erweitert (vorher: drei Jahre) und die uneingeschränkte Förderung von Nebenerwerbsgründungen ermöglicht. Durch diese Maßnahmen wird ein erweiterter Kundenkreis angesprochen, was sich im Jahr 2015 voraussichtlich in geringfügig höheren Neugeschäftsvolumina niederschlagen wird. Neben den vorgenannten Programmänderungen wird die L-Bank die Einführung eines Programms zur Innovationsfinanzierung prüfen sowie den Abschluss eines Garantievertrages mit dem European Investment Fund (EIF) im Zusammenhang mit dem L-Bank-Bürgschaftsprogramm. Auch die Beteiligungsaktivitäten werden voraussichtlich in Teilen neu geordnet. So sollen die Venture-Capital-Aktivitäten wieder maßgeblich verstärkt werden; geplant ist, in dieses Geschäftsfeld mittelfristig bis zu 50,0 Mio. Euro zusätzlich zu investieren. Ausgebaut werden sollen auch die Aktivitäten in der Standortentwicklung, und zwar insbesondere durch Erschließung neuer Standorte für Technologieparks; unverändert bleibt der Verkauf von Objekten in den Parks Teil der Gesamtstrategie. Das Neugeschäft des L-EA Mittelstandsfonds soll gegebenenfalls auf externe Fondsvehikel ausgelagert werden.

In der Wohnraumförderung werden die Neugeschäftsvolumina im Jahr 2015 voraussichtlich geringfügig steigen. In der Eigentumsförderung des Landeswohnraumförderungsprogramms sollte das Zusagevolumen insbesondere wegen einer weiteren Absenkung des verbilligten Zinssatzes leicht über dem Niveau von 2014

liegen. Die Neugeschäftszahlen in den Programmen zur Finanzierung energieeffizienzsteigernder Maßnahmen dürften ebenfalls in geringem Ausmaß steigen, was auf die Erhöhung der Tilgungszuschüsse für umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen sowie auf die Einführung noch günstigerer Zinskonditionen für den Bau von Immobilien mit Effizienzhausstandard 55 und 40 zurückzuführen ist. Damit wieder vermehrt in bedarfsgerechten Mietwohnraum investiert wird, wird das Landeswohnraumförderungsprogramm durch die Erhöhung der förderfähigen Gesamtkosten und die Erweiterung der Gebietskulisse auf große Kreisstädte außerhalb von Verdichtungsräumen weiter aufgewertet. Das Zusagevolumen dürfte angesichts der großen Anzahl von in Vorbereitung befindlichen Projekten deutlich über dem des Berichtsjahres liegen. Bei der Finanzierung von Wohnungseigentümergeinschaften sollte insgesamt mindestens das Niveau des Jahres 2014 erreicht werden. Für das neue Zuschussprogramm „Wohnraum für Flüchtlinge“ werden Landesmittel von rund 15,0 Mio. Euro zur Verfügung stehen, die nach Erwartung der L-Bank vollständig abgerufen werden.

Trotz des in Summe relativ stabilen konjunkturellen Umfelds prognostiziert die L-Bank im Jahr 2015 ein deutlich rückläufiges Betriebsergebnis vor Risikovorsorge/Bewertungen. Dies ist zum einen auf die Erwartung zurückzuführen, dass sich die Zinsen auch im kommenden Jahr auf niedrigem Niveau bewegen werden und der Zinsüberschuss daher in ähnlichem Umfang zurückgehen wird wie im Vorjahr. Zum anderen wird sich der Sachaufwand für das Bankgeschäft merklich erhöhen. Dies resultiert überwiegend aus IT-Aufwendungen für die Umsetzung europarechtlicher und bundesgesetzlicher Vorgaben und für die Modernisierung der IT-Landschaft. Außerdem erwartet die L-Bank deutlich steigende Aufsichtsgebühren aufgrund der Unterstellung unter die direkte EZB-Aufsicht. Im Vergleich zum Berichtsjahr plant die Bank ein signifikant schlechteres Bewertungsergebnis. Dies liegt im Wesentlichen darin begründet, dass die hohen Risikovorsorgeauflösungen

und Veräußerungsgewinne des Berichtsjahres nicht als im gleichen Umfang wiederholbar eingeschätzt werden können. Erstmals im Jahr 2015 wird der Beitrag zum europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds das Ergebnis der L-Bank stark belasten.

Die Bilanzsumme wird sich im Jahr 2015 auf vergleichbarem Niveau wie im Berichtsjahr bewegen.

Bezüglich der Refinanzierung erwartet die L-Bank aufgrund ihres sehr guten Ratings, dass sie weiterhin problemlos Mittel am Kapitalmarkt aufnehmen kann. Die Bank ist am nationalen und internationalen Geld- und Kapitalmarkt gut und diversifiziert aufgestellt. Unter Berücksichtigung der bestehenden Fälligkeitsstruktur rechnet die L-Bank mit einem deutlich rückläufigen mittel- und langfristigen Refinanzierungsvolumen im Jahr 2015.

Insgesamt prognostiziert die L-Bank für das Jahr 2015 vor allem mit Blick auf die Volatilität in der Infrastrukturförderung ein leicht rückläufiges Neugeschäftsvolumen. Bis auf die Belastung durch den Beitrag zum europäischen Einheitlichen Abwicklungsfonds werden keine bedeutenden Beeinträchtigungen der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage im Vergleich zum Berichtsjahr erwartet.

## CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Die Bank hat zur Steuerung der mit ihrem Geschäft verbundenen Risiken ein Risikomanagementsystem mit den Zielen installiert,

- jederzeit die Gesamtrisikosituation des Instituts einschätzen zu können,
- die wesentlichen Einzelrisiken frühzeitig zu erkennen, zu bewerten, zu kommunizieren und zu steuern sowie
- risikorelevante Entwicklungen verbunden mit Handlungsalternativen aufzuzeigen.

Das Risikomanagement erfolgt unter der Maßgabe, den Fortbestand der Bank nachhaltig ohne Unterstützung des Landes Baden-Württemberg, auch bei Eintritt unerwarteter Verluste, sicherzustellen (Going-Concern-Ansatz). Es stützt sich im Wesentlichen auf

- die Vorgabe einer Geschäftsstrategie und daraus abgeleiteter Risikostrategien,
- die laufende Überprüfung der Risikotragfähigkeit und deren Reporting an den Vorstand,
- die schriftlich fixierte Ordnung der Aufbauorganisation sowie sämtlicher risikorelevanter Geschäftsprozesse,
- die Einrichtung und laufende Fortschreibung von Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozessen sowie
- die Einrichtung einer Compliance- und einer Risikocontrolling-Funktion sowie einer Internen Revision.

Das Risikomanagement ist institutsspezifisch ausgerichtet und wird insofern in hohem Maße durch den gesetzlich verankerten Förderauftrag bestimmt.

Das Land Baden-Württemberg definiert über die Ausgestaltung der Förderprogramme, die Festlegung der förderrelevanten Kundengruppen sowie die Bestimmung der regionalen Ausrichtung maßgeblich die Geschäftstätigkeit der Bank. Im Gegenzug hat das Land Baden-Württemberg die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast sowie eine explizite und unbedingte Garantie für die Verbindlichkeiten der Bank übernommen.

Auf Basis des öffentlichen Förderauftrags formuliert der Vorstand in der Geschäftsstrategie die maßgeblichen Grundlagen der Geschäftstätigkeit, die mit Blick auf die Risikotragfähigkeit in den Risikostrategien konkretisiert und in der Ablauforganisation operationalisiert wird.

## ORGANISATION DES RISIKOMANAGEMENTS

Der Vorstand legt ein Zinsänderungsrisiko- und Währungsprofil fest, für dessen Umsetzung der Bereich Treasury zuständig ist. Dieser Bereich ist auch für das Liquiditätsrisikomanagement verantwortlich. Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt im Rahmen eines Kompetenz- und Limitsystems durch die einzelnen Kreditbereiche der Bank. Operationelle Risiken werden von sogenannten Risikomanagern gesteuert. Diese steuern entweder bankweite operationelle Risiken (zentrale Risikomanager) oder die Risiken bestimmter Arbeitsabläufe (dezentrale Risikomanager). Während zentrale Risikomanager von der Geschäftsleitung bestellt werden, wird die Funktion des dezentralen Risikomanagers in der Regel von den Leitern der Fachbereiche wahrgenommen, die im Rahmen ihrer Organisationskompetenz Aufgaben auch an Mitarbeiter delegieren können.

Die quantitative und qualitative Bewertung sowie die Kommunikation der Risiken werden vom Bereich Controlling in Zusammenarbeit mit den Risikomanagern vorgenommen. Basis dieser Bewertungen ist eine unternehmensweite Datenbank, in der alle Geschäfte der Bank mit ihren Ausprägungen normiert abgelegt sind. Die im Rahmen des Risikomanagements erstellten Auswertungen werden regelmäßig mit den bilanzorientierten Auswertungen sowie den Datengrundlagen für das Meldewesen (z. B. CRR) abgeglichen. Der Bereich Controlling ist auch für die Überwachung der Einhaltung aller festgelegten Steuerungsvorgaben zuständig und berichtet dem Vorstand über die Risikosituation.

Die Bank geht Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken und Liquiditätsrisiken in kontrolliertem Maß ein und steuert diese unter Beachtung aufsichtlicher und betriebswirtschaftlicher Vorgaben. Bezüglich des operationellen Risikos verfolgt die Bank die Strategie der Vermeidung, wobei sie hier nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip vorgeht.

Der Bereich Kreditanalyse beurteilt die Bonität der einzelnen Kreditnehmer sowie bestimmter Portfolios und schlägt dem Vorstand entsprechende kreditnehmerbezogene Limite sowie Portfolio- und Länderlimite vor. Ferner fungiert der Bereich Kreditanalyse bei risikorelevantem Geschäft als Marktfolge und gibt ein Zweitvotum ab. Zur qualitativen Bewertung der Risiken führt das Stresskomitee regelmäßig Stressanalysen durch. Dabei werden insbesondere auch Risikokonzentrationen berücksichtigt.

Die Interne Revision prüft und beurteilt risikoorientiert und prozessunabhängig im Auftrag des Vorstands die Wirksamkeit und Angemessenheit des Risikomanagements sowie die Ordnungsmäßigkeit aller wesentlichen Aktivitäten und Prozesse der Bank. Sie ist dem Gesamtvorstand unmittelbar unterstellt und ihm gegenüber berichtspflichtig. Die Interne Revision nimmt ihre Aufgaben selbstständig und unabhängig wahr und unterliegt bei der Bewertung der Prüfungsergebnisse und der Berichterstattung keinen Weisungen.

Das Risikomanagement der L-Bank berücksichtigt Beteiligungen insoweit, als aus diesen bzw. durch diese Verluste entstehen können, die die L-Bank in ihrer Vermögens-, Ertrags- und Liquiditätssituation nachhaltig wesentlich negativ beeinflussen.

## GESCHÄFTS- UND RISIKOSTRATEGIEN

In der Geschäftsstrategie legt der Vorstand eine Zielgröße hinsichtlich der Kernkapitalquote fest und bestimmt die Produkte, mit denen der öffentliche Auftrag über programmgebundene und sonstige Fördergeschäfte erfüllt werden soll. In der Fördergeschäftsmatrix weist der Vorstand den einzelnen Geschäftsaktivitäten diese Produkte zu. Der gesetzliche Förderauftrag bewirkt eine Konzentration der Adressenausfallrisiken (Klumpenrisiken) auf bestimmte Branchen, Sicherheiten und Regionen. Zur Erreichung eines ausgewogenen Gesamt-

risikoprofils legt der Vorstand in der Geschäftsstrategie Qualitätsanforderungen an die gesamte Portfoliostruktur fest. Hierzu werden für das Neugeschäft Vorgaben hinsichtlich der Bonitätsvoraussetzungen (Risikoklasse) definiert, die ein Kreditnehmer außerhalb des programmgebundenen Fördergeschäfts erfüllen muss.

Aus der Geschäftsstrategie leitet sich die Risikostrategie ab. In der Risikostrategie legt der Vorstand fest, mit welchen Verfahren die Risikotragfähigkeit zu prüfen ist, macht Vorgaben zu neuen Produkten und neuen Märkten und konkretisiert die Strategien für das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko sowie die operationellen Risiken.

Im Rahmen einer quantitativen Beurteilung der Risikotragfähigkeit legt der Vorstand in der Risikostrategie seine Risikoneigung fest, indem er bestimmt, in welchem Umfang zur Abdeckung von Verlusten Risikodeckungspotenzial bereitgestellt wird. In diesem Zusammenhang wurden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das operationelle Risiko sowie das Geschäftsrisiko als wesentliche Risikoarten identifiziert. Auf Basis einer aktuellen Risikoanalyse werden die Immobilienrisiken der bankeigenen Technologieparks seit 01.01.2014 nicht mehr als wesentliches Risiko eingeordnet. Die quantitative Beurteilung der Risikotragfähigkeit wird mit Stressanalysen unter besonderer Berücksichtigung von Risikotoleranzen ergänzt.

Hinsichtlich des Kreditrisikomanagements konkretisiert die Risikostrategie die Vorgaben bezüglich der Mindestbonität der Kreditnehmer sowie der Risikomarge und verpflichtet die Geschäftsbereiche zur Hereinnahme bestimmter als werthaltig eingestufte Sicherheiten. Daneben werden die maximalen Kreditvolumina der einzelnen Geschäftsfelder für die nächsten drei Jahre geplant und gleichzeitig begrenzt. Im programmgebundenen Fördergeschäft liegt der Planung die Höhe der jeweils bereitgestellten Subventionsmittel zugrunde. Im sonstigen Fördergeschäft, in dem die

Bank mit den Hausbanken zusammenarbeitet, wird im Wesentlichen auf die Entwicklung der Nachfrage der Hausbanken abgestellt. Das im Rahmen der Banksteuerung getätigte Kreditgeschäft wird maßgeblich von den Refinanzierungsmöglichkeiten bestimmt. An die Bonität der diesbezüglichen Anlagen werden in besonderem Maße hohe Anforderungen gestellt. Die mit der Risikotragfähigkeit in Einklang stehende Risikostrategie zeigt hiernach – auch unter Beachtung der bestehenden Risikokonzentrationen – den geplanten Umfang der zukünftigen Adressenausfallrisiken.

Bezüglich der Marktpreisrisiken verfolgt die Bank die Strategie, in bewusstem Umfang mit vertretbarem Risiko aus der Umsetzung von Zinsmeinungen Erträge zu erzielen. Die zugrunde liegenden Zinsmeinungen werden aus Kapitalmarktparametern abgeleitet. Aufgrund der gegebenen Volatilität erfolgen eine intensive tägliche Überwachung sowie eine laufende, zumindest wöchentliche Überprüfung durch die Geschäftsleitung.

Zur Sicherstellung einer struktur- und kostenoptimierten Refinanzierung bedient sich die Bank der nationalen und internationalen Kapitalmärkte. Aufgrund der gegebenen Garantien profitiert sie hierbei von dem guten Standing des Landes Baden-Württemberg an den Kapitalmärkten. Mögliche Refinanzierungsrisiken, die allein auf eine wesentliche Bonitätsverschlechterung des Landes zurückzuführen wären, werden nachhaltig als gering eingestuft.

Die Bank steuert ihre operationellen Risiken nach dem Wirtschaftlichkeitsprinzip. Hiernach werden ungeachtet der bestehenden umfangreichen internen Kontrollverfahren sowie gesetzlicher bzw. aufsichtlicher Anforderungen nur dann besondere schadensvermeidende oder -verhindernde Maßnahmen ergriffen, wenn ein potenzieller Verlust die hierdurch entstehenden Kosten übertrifft.

## RISIKOTRAGFÄHIGKEIT

### Überwachung des Risikodeckungspotenzials unter Fortführungs- und Liquidationsaspekten

Die Überwachung der Risikotragfähigkeit sowie die Steuerung der Risiken erfolgen mit der Zielsetzung, den Fortbestand des Kreditinstituts ohne Unterstützungsmaßnahmen des Gewährträgers nachhaltig zu sichern (Going-Concern-Ansatz). Daneben berechnet die Bank die Risikotragfähigkeit im Sinne des sogenannten Liquidationsansatzes. Die Risikotragfähigkeit wird laufend geprüft und dem Vorstand bzw. dem zuständigen Aufsichtsorgan berichtet.

#### Going-Concern-Ansatz

Die Ermittlung des relevanten ökonomischen Risikodeckungspotenzials erfolgt GuV-orientiert. Als Basis dient zunächst nur das nicht zur Erfüllung der Kapitalunterlegung nach den Anforderungen der CRR benötigte Eigenkapital. Da die Risiken auf Basis einer Haltedauer von einem Jahr ermittelt werden, werden die Eigenkapitalanforderungen angesetzt, die gemäß Phase-in-Regelung zwölf Monate nach Bewertungsstichtag gelten werden. Aus Vorsichtsgründen erhöht die Bank die geforderte Quote um 0,5 Prozentpunkte. In einem zweiten Schritt werden diese freien Kapitalbestandteile um eventuell bestehende Reserven ergänzt, die hinsichtlich ihrer Verlustausgleichsfunktion eine mit dem Eigenkapital vergleichbare Qualität haben und bei der Ermittlung der aufsichtsrechtlich definierten Risikopositionen nicht positionsmindernd berücksichtigt wurden. Ferner werden „Zuschreibungsreserven“ berücksichtigt, die aus der Wertminderung im Zins verbilligter Darlehen herrühren und die vor Inkrafttreten des BilMoG gebildet wurden.



Für alle wesentlichen Risikoarten werden auf Basis eines Konfidenzniveaus von einheitlich 99,0% Value-at-Risk-(VaR-)Limite festgelegt, die dem Risikodeckungspotenzial gegenübergestellt werden. Die Summe dieser VaR-Limite bildet die seitens der Bank definierte Gesamtverlustobergrenze, die mit Blick auf die nachhaltige Sicherung des Fortbestandes maximal 80,0% des Risikodeckungspotenzials ausschöpft.

Nachfolgende Tabelle zeigt, wie sich das Risiko-deckungspotenzial sowie die hiermit abzudeckenden Risiken entwickelt haben. Unter „Risikoposition“ werden die Anrechnungsbeträge für Adressenausfallrisiken und die mit dem Faktor 12,5 multiplizierte Summe der Anrechnungsbeträge für Marktpreisrisiken und operationelle Risiken ausgewiesen. Die Bank wendet zur Ermittlung der Kreditrisiken den Kreditrisikostandardansatz, bei den Marktpreisrisiken das Standardverfahren und bei den operationellen Risiken den Basisindikatoransatz an.

| AUFSICHTLICHE KAPITALUNTERLEGUNG      |            |            |            |            |
|---------------------------------------|------------|------------|------------|------------|
| Aufsichtsrechtliche Kennzahlen        | 31.03.2014 | 30.06.2014 | 30.09.2014 | 31.12.2014 |
| Risikoposition in Mio. Euro           | 21.231,8   | 21.327,8   | 21.221,7   | 21.072,7   |
| Kernkapital in Mio. Euro              | 2.776,1    | 2.983,9    | 2.986,8    | 2.985,9    |
| Kernkapitalbedarf in Mio. Euro (5,5%) | 1.167,7    | 1.173,0    | 1.167,2    | 1.159,0    |
| Eigenmittel in Mio. Euro              | 3.389,1    | 3.613,2    | 3.584,0    | 3.554,7    |
| Kernkapitalquote in %                 | 13,07      | 13,99      | 14,07      | 14,17      |
| Gesamtkapitalquote in %               | 15,96      | 16,94      | 16,89      | 16,87      |

Unter Berücksichtigung der zwölf Monate nach Berechnungstichtag geltenden CRR-Anforderungen und des bankinternen Aufschlags von 0,5 Prozent-

punkten auf die Mindestkernkapitalquote ergibt sich folgendes freies Kernkapital:

|                                 | 31.03.2014 | 30.06.2014 | 30.09.2014 | 31.12.2014 |
|---------------------------------|------------|------------|------------|------------|
| Freies Kernkapital in Mio. Euro | 1.382,3    | 1.585,4    | 1.595,7    | 1.604,6    |

Zum Bilanzstichtag ergibt sich bei einem freien Kernkapital von 1.604,6 Mio. Euro, einem Gewinn des abgelaufenen Jahres von 180,1 Mio. Euro (vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach § 340 g HGB) sowie anrechnungsfähigen Vorsorgereserven in Höhe von rund 141,8 Mio. Euro ein GuV-orientiertes Risikodeckungspotenzial von 1.926,5 Mio. Euro. Dem Risikodeckungspotenzial steht die vom Vorstand in Einklang mit der Geschäfts- und Risikostrategie beschlossene Gesamtverlustobergrenze von 940,0 Mio. Euro gegenüber. Diese verteilt sich zum Bilanzstichtag wie nachfolgend aufgeführt.

#### GESAMTVERLUSTOBERGRENZE UND TEILVERLUSTOBERGRENZEN PER 31.12.2014

in Mio. Euro

|  | Limit |
|--|-------|
| Gesamtverlustobergrenze  | 940,0 |
| Adressenausfallrisiken   | 400,0 |
| Marktpreisrisiken  | 250,0 |
| Liquiditätsrisiken   | 65,0  |
| Operationelle Risiken  | 10,0  |
| Modellrisiken  | 40,0  |
| Unwesentliche Geschäftsvorfälle                                    | 10,0  |
| Puffer   | 165,0 |
| Anteil der Gesamtverlustobergrenze am Risikodeckungspotenzial in % | 48,8  |

Der Anteil der Gesamtverlustobergrenze am ökonomischen Risikodeckungspotenzial beträgt hiernach zum Bilanzstichtag 48,8 %. Im abgelaufenen Geschäftsjahr betrug er zwischen 48,8 % und 60,2 %.

#### Liquidationsansatz

In einer weiteren Berechnung wird der Wert der Bank als ökonomisches Risikodeckungspotenzial dargestellt, wobei auch die stillen Lasten des Anlagevermögens aus vermiedenen Niederstwertabschreibungen sowie die negativen Marktwerte von Credit Default Swaps (CDS) berücksichtigt werden. Diesem werden neben den Adressenausfallrisiken (inklusive Modellrisiken), den Marktpreisrisiken, den Liquiditätsrisiken und den operationellen Risiken auch die Spread- und Migrationsrisiken gegenübergestellt. Als Migrationsrisiko wird das Risiko eines Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund von Bonitätsverschlechterungen der Emittenten mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation beurteilt. Als marktweites Spreadrisiko wird das Risiko eines ratingunabhängigen Wertrückgangs der Wertpapiere aufgrund marktweiter Spreadschwankungen durch historische Simulation bewertet. Zur Abschätzung der Entwicklung der Niederstwertabschreibungen und der negativen Marktwerte unterzieht die Bank diese laufend diversen Stresstests.

Zum Bilanzstichtag errechnet sich ein Barwert der Bestände von 5.304,8 Mio. Euro. Diesem stehen barwertige Verwaltungsaufwendungen von 230,3 Mio. Euro, barwertige erwartete Risikokosten von 279,3 Mio. Euro sowie stille Lasten aus CDS von 2,0 Mio. Euro gegenüber, sodass sich ein barwertorientiertes Risikodeckungspotenzial von 4.793,2 Mio. Euro ergibt. Dieses ist zum Bilanzstichtag durch VaR-Werte in Höhe von insgesamt 4.260,9 Mio. Euro zu insgesamt 88,9 % belegt, wobei im Liquidationsansatz ein Konfidenzniveau von 99,98 % angewendet wird. Die Belegung der wertorientierten Gesamtverlustobergrenze lag im Jahr 2014 zwischen 88,6 % und 98,7 %.

## Kapitalplanung

Die Bank hat wie in den Vorjahren mittelfristige Simulationsrechnungen erstellt, die auf der aktuellen bzw. erwarteten Risikolage aufsetzen und die neuen aufsichtlichen Regelungen berücksichtigen. Dabei wird das vorgerechnete Risikodeckungskapital nicht in vollem Umfang zur Abdeckung von Risiken bereitgestellt, da nicht ausgeschlossen werden kann, dass neben den neuen aufsichtlichen Regelungen weitere Erhöhungen des Eigenkapitalbedarfs auf die Banken zukommen. Auf Basis dieser Vorrechnungen ist die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Fortführungs- als auch nach dem Liquidationsansatz gegeben.

## Durchführung von Stressanalysen

Die quantitative Risikomessung erfolgt über VaR-Modelle. Die zur Risikomessung verwendeten finanzmathematischen Modelle setzen naturgemäß bezüglich diverser Einflussparameter eine gewisse Stabilität der Rahmenbedingungen der Finanzmärkte voraus. Die Finanzmarktkrise offenbarte jedoch an verschiedenen Stellen offenkundige Grenzen der Aussagekraft quantitativer Risikomodelle. Aufgrund der Tatsache, dass finanzmathematische Modelle naturgemäß nicht alle Ereignisse abbilden können, erfolgt eine laufende Arrondierung der quantitativen Risikobewertung durch umfangreiche Analysen in Form von Stressszenarien. Mit der Durchführung dieser Stressszenarioanalysen identifiziert die Bank Konstellationen von Risikofaktoren, die besonders große Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und/oder Ertragslage der Bank haben können.

Im Rahmen dieser Analysen werden zunächst Szenarien erarbeitet und hinsichtlich ihrer Auswirkungen analysiert, die jeweils in einer einzelnen Risikoart (Adressenausfallrisiko, Marktpreisrisiko, Liquiditätsrisiko,

operationelles Risiko) isoliert wirken. In einem zweiten Schritt werden die für die einzelne Risikoart bestimmten Risikofaktoren als tatsächliche Träger des Risikos (z. B. Arbeitslosigkeit als Faktor des Adressenausfallrisikos) bestimmt, und ihre Interaktion mit Risikofaktoren der übrigen Risikoarten wird ermittelt. Hierbei wird unter anderem auch das in der Bank vorhandene Expertenwissen mit Hilfe eines Scoringverfahrens für die Analyse nutzbar gemacht. Aus der festgestellten Interaktion der Risikofaktoren ergeben sich Hinweise auf Risikokonzentrationen, sowohl innerhalb einer Risikoart als auch risikoartenübergreifend. Dies ermöglicht die Formulierung von auf die Interaktion der Risikofaktoren abgestimmten Stressszenarien.

Da sich auch durch das dargestellte Analysesystem nicht vollständig ausschließen lässt, dass bestandsgefährdende Szenarien letztendlich unerkannt bleiben, werden zur Verdeutlichung der Grenzen der Risikotragfähigkeit entsprechende Verlustbelastungen unterstellt, und es wird retrograd errechnet, unter welchen Bedingungen es zu derartigen Verlusten kommen kann (inverse Stresstests).

Derzeit beruht die Ermittlung der quantitativen Auswirkungen der formulierten Szenarien auf Expertenschätzungen, aus denen quantitative Angaben abgeleitet werden. Diese Schätzungen, und damit folglich auch die quantitativen Auswirkungen, sind naturgemäß mit erhöhten Unsicherheiten behaftet. Daher entwickelt die Bank ein mehrdimensionales Scoringssystem, mit dem die quantitative eindimensionale Expertenschätzung zu einer qualitativen mehrdimensionalen Analyse ausgebaut wird. Diese wird in einem weiteren Schritt mit Zeitreihenanalysen beobachtbarer Risikofaktoren kombiniert. Die Bank geht davon aus, dass das Expertenwissen gegenüber den derzeit verwendeten Verfahren hierdurch umfassender für die quantitative Analyse genutzt werden kann.

Bei den Adressenausfallrisiken werden Szenarien angesetzt, die zu steigenden Kreditrisiken und damit zu einem höheren Bedarf an regulatorischem und ökonomischem Kapital führen. Diese Szenarien umfassen sowohl Sensitivitätsanalysen bezüglich der verschiedenen Risikofaktoren als auch Szenarioanalysen, bei denen bestimmte außergewöhnliche, aber mögliche Ereignisse simuliert werden. So wird z. B. in einem Szenario – abgestimmt auf die baden-württembergische Wirtschaftsstruktur – von einem schweren konjunkturellen Abschwung in der Automobilindustrie ausgegangen. Bezüglich des Marktpreisrisikos werden verschiedene außergewöhnliche Veränderungen der Zinskurven modelliert, wie sie in den letzten 20 Jahren aufgetreten sind. Diese umfassen sowohl Zinsanstiege als auch Zinsrückgänge mit außergewöhnlichem Umfang sowie die Veränderung der Form der Zinskurve. Bei den Stressanalysen hinsichtlich des Liquiditätsrisikos werden als marktweite Effekte eine Änderung der Refinanzierungspolitik der Zentralbank und kapitalmarktbedingte Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen unterstellt. Bankindividuell werden die Auswirkungen einer Verschlechterung der Eigenbonität und Änderungen des Kunden- und Investorenverhaltens untersucht. Die Identifikation und Bewertung operationeller Risiken erfolgt durch Szenarioanalysen. Im Rahmen der Stressszenarien wird unterstellt, dass sich sowohl die Eintrittswahrscheinlichkeiten als auch die quantitativen Auswirkungen dieser Schadensszenarien erhöhen

## RISIKOSTEUERUNG UND -CONTROLLING

Die Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozesse der Bank umfassen die Identifizierung, Bewertung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der wesentlichen Risiken. Als wesentliche Risikoarten wurden das Adressenausfallrisiko und das Marktpreisrisiko sowie das Liquiditätsrisiko und das operationelle Risiko identifiziert.

## ADRESSENAUSFALLRISIKO

Das Adressenausfallrisiko besteht in einem möglichen Verlust aus einem Kreditgeschäft gemäß § 19 KWG, wenn der Geschäftspartner seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht nachkommt. Die Nichterfüllung eines Vertrages kann individuelle, in der Bonität oder dem Umfeld des Kreditnehmers liegende, oder politische Ursachen haben.

Die aktive Steuerung des Adressenausfallrisikos beginnt im Rahmen der Kreditgewährung mit

- der Einstufung der Bonität des Kreditnehmers (inklusive Überprüfung der Kapitaldienstfähigkeit),
- der eventuellen Hereinnahme von Sicherheiten,
- der Ermittlung einer ausfallwahrscheinlichkeitsbasierten Risikomarge,
- der Überprüfung der Notwendigkeit der Durchführung eines „Neue-Produkte-Prozesses“ sowie der
- Überprüfung der Notwendigkeit eines zweiten Votums.

Im Rahmen der Steuerung des Adressenausfallrisikos gibt die Bank für die einzelnen Geschäftssegmente eine Mindestrisikoklasse im Rahmen des 14-stufigen Systems vor. Über Ausnahmen von diesen Mindestrisikoklassen entscheidet der Vorstand.

| Geschäftssegmente   | Risikoklasse  |
|---|---|
| Kredite im Programmgeschäft                               | Bonitätsmäßige Voraussetzungen für das Programmgeschäft sind in den zwischen dem Land Baden-Württemberg und der L-Bank abgestimmten Förderprogrammen und bankinternen Arbeitsanweisungen festgelegt |
| Sonstige Kredite (inklusive Wertpapieren und Geldanlagen) | 1 bis 5   |
| Strukturierte Produkte (Asset Backed Securities)          | 1 und 2   |
| Zinsderivate ohne Besicherung                             | 1 bis 3   |
| Zinsderivate mit Besicherung                              | 1 bis 5   |
| Kreditderivate  | 1 bis 5   |
| Länder (Transferrisiko)                                   | 1 bis 12, jedoch kein Neugeschäft in den Euro-Peripheriestaaten<br>Banksteuerung: schwerpunktmäßig Risikoklasse 1–2   |

Die Kreditvergabe an Kreditnehmer mit einer Risikoklasse schlechter als 5 ist außerhalb des Programmgeschäfts – gegebenenfalls nach Berücksichtigung weiterer Sicherheiten – möglich.

Zur Begrenzung von Verlusten wird bei allen Kreditentscheidungen, bei denen für die Bank ein Adressenausfallrisiko begründet bzw. ein bestehendes erhöht wird, auf eine angemessene Besicherung geachtet, soweit dies aufgrund der Rechtsform oder Bonität der Adresse banküblich ist. Um das Kreditrisiko durch die Hereinnahme von Sicherheiten zu begrenzen, darf dabei der Wert der gestellten Sicherheit nicht von der Bonität des Kreditnehmers abhängen.

Durch den Ausfall von Krediten entstehen der Bank Verluste. Zum Ausgleich dieser Verluste wären risikoorientierte Margen zu erheben. Aufgrund des Geschäftsmodells der L-Bank ist es jedoch nicht möglich, für die programmgebundenen Förderkredite risikoorientierte, individuell zu bestimmende Margen festzulegen. Im Bereich der Banksteuerung werden vornehmlich

Geschäfte mit Adressen von Kapitalmarktteilnehmern abgeschlossen. Für diese Kreditnehmer werden auf dem Kapitalmarkt überwiegend Credit Spreads gehandelt, sodass die L-Bank die Marge nur bedingt beeinflussen kann. Bei allen Krediten, bei denen die Marge nicht von Dritten festgelegt ist (Programmdarlehen) und bei denen die Kondition nicht auf dem Kapitalmarkt festgelegt wird, wird eine auf Ausfallwahrscheinlichkeiten basierende Risikomarge ermittelt und in die Kreditentscheidung einbezogen.

Um sicherzustellen, dass nur solche Kredite gewährt werden, die die Bank risikoadäquat bearbeiten und steuern kann, wird bei neuartigen Krediten vor erstmaliger Kreditgewährung anhand von Testfällen überprüft, inwieweit der Kredit mit den bestehenden Prozessen und Verfahren abgebildet werden kann. Ergebnis dieses Testdurchlaufs ist jeweils ein Konzept, in dem alle mit dem neuen Geschäft verbundenen personellen, organisatorischen, DV-technischen, bilanz- und steuerrechtlichen Konsequenzen dargestellt werden.

Für das Kreditgeschäft besteht in der L-Bank bis einschließlich der Ebene des Vorstandes eine Trennung in die Bereiche Markt und Marktfolge. Die Unternehmensbereiche I und II sind Marktbereiche, und die Unternehmensbereiche III und IV sind Marktfolgebereiche. Diese aufbauorganisatorische Trennung ist auch für den Vertretungsfall durchgängig gewährleistet. Da risikorelevante Kreditentscheidungen der Zustimmung der

Marktfolge (Zweitvotierung) bedürfen und die Marktfolge insbesondere für das Kreditrisikocontrolling zuständig ist, werden durch die aufbauorganisatorische Trennung des Kreditgeschäftes in die Bereiche Markt und Marktfolge unausgewogene Kreditentscheidungen verhindert.

Die Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Kreditportfolios nach Produktarten.

| KREDITPORTFOLIO ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro |                |                                |                                  |                  |                 |                 |
|---|----------------|--------------------------------|----------------------------------|------------------|-----------------|-----------------|
|   | Privatkunden   | Unternehmen und Selbstständige | Unternehmen aus dem Finanzsektor | Öffentliche Hand | L-Bank gesamt   | Verteilung in % |
| Darlehen                                    | 6.091,8        | 9.381,4                        | 15.655,3                         | 1.064,3          | 32.192,9        | 45,8            |
| Schuldscheindarlehen                        | 0,0            | 55,0                           | 3.042,9                          | 6.210,1          | 9.308,1         | 13,2            |
| Wertpapiere (Inhaberschuldverschreibungen)  | 0,0            | 870,4                          | 8.733,3                          | 11.656,5         | 21.260,2        | 30,2            |
| Wertpapiere (Asset Backed Securities)       | 0,0            | 0,0                            | 121,5                            | 0,0              | 121,5           | 0,2             |
| Wertpapiere (Credit Linked Notes)           | 0,0            | 0,0                            | 500,0                            | 0,0              | 500,0           | 0,7             |
| Wertpapiere gesamt                          | 0,0            | 870,4                          | 9.354,8                          | 11.656,5         | 21.881,7        | 31,1            |
| Credit Default Swaps                        | 0,0            | 0,0                            | 145,0                            | 3.814,0          | 3.959,0         | 5,6             |
| Bürgschaften                                | 0,0            | 495,6                          | 544,6                            | 17,2             | 1.057,3         | 1,5             |
| Finanzderivate                              | 0,0            | 0,0                            | 1.083,0                          | 0,1              | 1.083,1         | 1,5             |
| Termingelder                                | 0,0            | 0,0                            | 37,0                             | 0,0              | 37,0            | 0,1             |
| Beteiligungen                               | 0,0            | 203,9                          | 302,0                            | 89,0             | 595,0           | 0,8             |
| Kontokorrentkonten, Bargeld                 | 0,0            | 0,0                            | 46,6                             | 188,1            | 234,7           | 0,3             |
| Leihe                                       | 0,0            | 0,0                            | 0,0                              | 0,0              | 0,0             | 0,0             |
| <b>Gesamt</b>                               | <b>6.091,8</b> | <b>11.006,3</b>                | <b>30.211,3</b>                  | <b>23.039,4</b>  | <b>70.348,9</b> | <b>100,0</b>    |

## QUANTITATIVE BEWERTUNG DER BERECHNUNG DES VALUE-AT-RISK

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden über die in das Risikotragfähigkeitskonzept eingebetteten VaR-Limite begrenzt.

Grundsätzlich erfolgt die Bewertung der unerwarteten Verluste mit Hilfe einer Monte-Carlo-Simulation auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten. Die Zuordnung der Ausfallwahrscheinlichkeit ergibt sich aus der externen bzw. internen Ratingklasse, der der Kunde nach Analysen der Bank zugeordnet ist. Dabei werden neben dem Rating des Kunden auch die jeweilige Branchenzugehörigkeit sowie sonstige risikorelevante Portfoliomerkmale berücksichtigt. Die Berechnung basiert auf einer Haltedauer von einem Jahr und einem Konfidenzniveau von 99 % im Fortführungsansatz bzw. 99,98 % im Liquidationsansatz. Es werden auch Korrelationen, die sich aus den unterschiedlichen

Sitzländern der Kreditnehmer ergeben, berücksichtigt. Ebenfalls werden bei der Bewertung des Risikos gestellte Barsicherheiten, Grundpfandrechte auf Wohnimmobilien sowie im Rahmen des Hausbankverfahrens an Endkreditnehmer vergebene Kredite als Sicherheiten berücksichtigt. In den Geschäftsfeldern „Unternehmen aus dem Finanzsektor“ und „Öffentliche Hand“ wird eine Recovery-Rate von 55 % und für das Geschäftsfeld „Unternehmen und Selbstständige“ eine Recovery-Rate von 30 % angesetzt. Aufgrund der Portfoliostruktur kommt den Transferrisiken insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Das Risiko, dass die Bank aus der Beschränkung des Zahlungsverkehrs aufgrund gesetzlicher Einschränkungen der betreffenden Länder Verluste erleidet, wird daher als sehr gering erachtet.

Nachfolgende Darstellung gibt eine Übersicht über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Adressenausfallrisiken im Jahresverlauf 2014:

| VALUE-AT-RISK FÜR ADRESSENAUSFALLRISIKEN 2014 in Mio. Euro |            |          |            |          |            |          |            |          |            |          |
|--|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|
|  | 01.01.2014 |          | 31.03.2014 |          | 30.06.2014 |          | 30.09.2014 |          | 31.12.2014 |          |
|  | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung |
| Gesamtverlustobergrenze                                    | 940,0      | 334,9    | 940,0      | 283,8    | 940,0      | 302,4    | 940,0      | 297,0    | 940,0      | 347,4    |
| Anteil Adressenausfallrisiken in %                         | 42,6       | 74,4     | 42,6       | 77,0     | 42,6       | 67,7     | 42,6       | 75,4     | 42,6       | 68,4     |
| Adressenausfallrisiken                                     | 400,0      | 249,0    | 400,0      | 218,5    | 400,0      | 204,8    | 400,0      | 223,8    | 400,0      | 237,8    |
| Privatkunden   | 60,0       | 45,0     | 60,0       | 43,3     | 60,0       | 40,9     | 60,0       | 40,7     | 60,0       | 40,5     |
| Unternehmen aus dem Finanzsektor                           | 100,0      | 52,1     | 100,0      | 46,1     | 100,0      | 47,8     | 100,0      | 60,2     | 100,0      | 64,4     |
| Sonstige Unternehmen                                       | 190,0      | 133,0    | 190,0      | 110,3    | 190,0      | 116,1    | 190,0      | 122,9    | 190,0      | 132,9    |
| Öffentliche Hand   | 50,0       | 18,8     | 50,0       | 18,8     | 50,0       | 0,0      | 50,0       | 0,0      | 50,0       | 0,0      |

### Rechtzeitige und ausreichende Risikovorsorge

Mit der Bildung von Wertberichtigungen trägt die Bank akut gewordenen Risiken umfassend Rechnung. Sie hat hierzu auf Basis ihres Instrumentariums zur Risikofrüherkennung dezidierte Prozesse eingerichtet und entsprechende Richtlinien erlassen. Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Wertberichtigungen nach Geschäftsfeldern und die korrespondierenden Risikobestände. Enthalten sind die Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals zur Ermittlung der Nettopositionen von den

Buchwerten abgezogen werden. Eventuell bestehende Wertberichtigungen, die bei der Ermittlung des nach CRR notwendigen Kapitals nicht von den Buchwerten abgezogen werden, stehen der Bank im Going-Concern-Ansatz als Risikodeckungskapital zur Verfügung (z. B. Vorsorgereserven nach § 340 f HGB). Die korrespondierenden Risikobestände setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten von Wertpapieren und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

#### WERTBERICHTIGUNGSQUOTE ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro

|            | Privatkunden |         | Unternehmenskunden |          | Unternehmen aus dem Finanzsektor |          | Öffentliche Hand |          | Gesamt |          | Quote in % |
|------------|--------------|---------|--------------------|----------|----------------------------------|----------|------------------|----------|--------|----------|------------|
|            | Wertb.       | Bestand | Wertb.             | Bestand  | Wertb.                           | Bestand  | Wertb.           | Bestand  | Wertb. | Bestand  |            |
| 31.12.2009 | 91,4         | 8.195,8 | 788,0              | 14.408,5 | 31,6                             | 35.584,0 | 0,0              | 8.907,2  | 910,9  | 67.095,6 | 1,4        |
| 31.12.2010 | 87,9         | 7.749,9 | 674,2              | 11.887,1 | 31,6                             | 34.156,0 | 0,0              | 14.273,0 | 793,7  | 68.066,0 | 1,2        |
| 31.12.2011 | 100,4        | 7.251,9 | 567,1              | 11.659,9 | 31,6                             | 33.710,5 | 0,0              | 20.177,2 | 699,1  | 72.799,5 | 1,0        |
| 31.12.2012 | 88,6         | 6.771,8 | 505,8              | 10.959,8 | 31,6                             | 31.236,1 | 0,0              | 23.941,6 | 626,0  | 72.909,2 | 0,9        |
| 31.12.2013 | 92,9*        | 6.373,7 | 432,1*             | 10.886,2 | 31,6                             | 31.300,6 | 0,0              | 23.846,3 | 556,6  | 72.406,8 | 0,8        |
| 31.03.2014 | 91,9         | 6.280,6 | 421,9              | 10.894,1 | 31,6                             | 31.460,0 | 0,0              | 23.727,0 | 545,4  | 72.361,7 | 0,8        |
| 30.06.2014 | 91,3         | 6.204,5 | 404,5              | 10.958,1 | 31,6                             | 30.847,6 | 0,0              | 23.243,8 | 527,4  | 71.254,0 | 0,7        |
| 30.09.2014 | 78,6         | 6.149,3 | 399,9              | 10.999,9 | 31,6                             | 30.268,2 | 0,0              | 23.297,5 | 510,1  | 70.715,0 | 0,7        |
| 31.12.2014 | 87,6         | 6.091,8 | 373,2              | 11.006,3 | 21,9                             | 30.211,3 | 0,0              | 23.039,4 | 482,7  | 70.348,9 | 0,7        |

\* Geänderte Zuordnung im Vergleich zum Vorjahr bei Privat- und Unternehmenskunden.

### Qualitative Bewertung mit Hilfe von Bonitäts- und Sicherheitenklassifizierungen

Zur qualitativen Bewertung der Adressenausfallrisiken wird jeder Kreditnehmer einer Bonitätsstufe – ausgedrückt als Risikoklasse – zugeordnet. Dabei berücksichtigt die Bank bei Individualratings die Besonderheiten der jeweiligen Kundenstruktur. Bei Kreditnehmern

im Rahmen der Förderung eigengenutzten Wohnraums wird aufgrund der Homogenität der Kundengruppe ein an der durchschnittlichen Ausfallwahrscheinlichkeit orientiertes Pauschalrating vergeben. Nachfolgende Tabelle zeigt die Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Risikoklassen und stellt den internen Risikoklassen die korrespondierenden externen Risikoklassen gegenüber.



| RISIKOKLASSEN UND KORRESPONDIERENDE AUSFALLWAHRSCHEINLICHKEITEN |                  |      |      |      |      |      |                      |      |      |       |       |       |         |         |
|---|------------------|------|------|------|------|------|----------------------|------|------|-------|-------|-------|---------|---------|
| Risikoklasse  | 1                | 2    | 3    | 4    | 5    | 6    | 7                    | 8    | 9    | 10    | 11    | 12    | 13      | 14      |
| Mittlere Ausfallwahrscheinlichkeit in %                         | 0,01             | 0,03 | 0,06 | 0,13 | 0,27 | 0,56 | 1,15                 | 2,35 | 4,75 | 9,37  | 17,63 | 30,72 | 100     | 100     |
| Bandbreite Ausfallwahrscheinlichkeit in %                       | 0,01             | 0,02 | 0,04 | 0,09 | 0,19 | 0,39 | 0,80                 | 1,65 | 3,35 | 6,70  | 12,95 | 23,55 |         |         |
|   | 0,02             | 0,04 | 0,09 | 0,19 | 0,39 | 0,80 | 1,65                 | 3,35 | 6,70 | 12,95 | 23,55 | 100   | 100     | 100     |
| Extern  |                  | AA+  |      | A    |      | BBB  |                      |      | BB-  | B     | CCC+  | CC    | Default | Default |
|   | AAA              | AA   | A+   | A-   | BBB+ | BBB- | BB+                  | BB   | B+   | B-    | CCC   | C     |         |         |
|   |                  | AA-  |      |      |      |      |                      |      |      |       | CCC-  |       |         |         |
|   | Investment Grade |      |      |      |      |      | Non-Investment Grade |      |      |       |       |       |         |         |

Die kreditvergebenden Organisationseinheiten sind grundsätzlich dazu verpflichtet, bei allen Kreditentscheidungen auf eine ausreichende Besicherung zu achten, um dadurch den Blankokreditanteil und das Verlustrisiko zu reduzieren. Die Bank hat festgelegt, welche Sicherheiten akzeptiert werden und welcher Sicherungswert diesen maximal bei der Bestimmung des Blankokreditanteils beigemessen werden darf. Sicherheiten, denen aus materiellen oder formellen Gründen kein expliziter Sicherungswert beizumessen ist, müssen gleichwohl der Kreditgewährung zugrunde gelegt werden, wenn die Hereinnahme derartiger Sicherheiten branchenüblich ist und im Verwertungsfall die Erzielung eines Verwertungserlöses erwartet werden kann.

Zur Darstellung des Verlustrisikos werden bestimmte Sicherheiten risikomindernd berücksichtigt. Dabei werden Verbindlichkeiten von Landesbanken, die über den Bestandsschutz („Grandfathering“) durch Anstaltslast

und Gewährträgerhaftung garantiert sind, der Risikoklasse 1 zugewiesen. Ebenso sind Kredite, die kommunal verbürgt sind, und Realkredite auf Wohnimmobilien in Baden-Württemberg der Risikoklasse 1 zugeordnet. Eine dingliche Besicherung durch eine Wohnimmobilie in Baden-Württemberg außerhalb des Realkredits, aber innerhalb des Beleihungswertes bewirkt eine Zuordnung zu Risikoklasse 4. Bei Pfandbriefen und pfandbriefähnlichen Emissionen (z.B. Covered Bonds) wird auf das externe Emissionsrating abgestellt.

Nachfolgende Tabelle zeigt die Risikobestände der einzelnen Geschäftsfelder. Diese setzen sich zusammen aus den Bruttobuchwerten der Darlehen, den Nettobuchwerten der Wertpapiere und Beteiligungen sowie den Bürgschaftssalden und den gemäß CRR ermittelten kreditäquivalenten Beträgen der Zinsderivate unter Berücksichtigung von Netting- und Collateral-Vereinbarungen.

| RISIKOSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro |              |                                      |  |                     |                  |                    |
|---|--------------|--------------------------------------|--|---------------------|------------------|--------------------|
|   | Privatkunden | Unternehmen<br>und<br>Selbstständige | Unternehmen<br>aus dem<br>Finanzsektor | Öffentliche<br>Hand | L-Bank<br>gesamt | Verteilung<br>in % |
| Risikoklasse 1  | 2.121,7      | 4.562,0                              | 8.980,3                                | 18.918,7            | 34.582,7         | 49,2               |
| Risikoklasse 2  | 11,0         | 274,4                                | 2.806,7                                | 3.475,5             | 6.567,6          | 9,3                |
| Risikoklasse 3  | 0,0          | 870,0                                | 5.305,4                                | 31,5                | 6.207,0          | 8,8                |
| Risikoklasse 4  | 3.425,1      | 2.173,1                              | 11.539,1                               | 0,0                 | 17.137,2         | 24,4               |
| Risikoklasse 5  | 73,8         | 1.189,0                              | 922,6                                  | 0,0                 | 2.185,4          | 3,1                |
| Risikoklasse 6  | 383,0        | 325,8                                | 359,5                                  | 451,0               | 1.519,2          | 2,2                |
| Risikoklasse 7  | 0,1          | 597,3                                | 36,3                                   | 91,2                | 724,8            | 1,0                |
| Risikoklasse 8  | 0,2          | 281,9                                | 208,6                                  | 71,5                | 562,2            | 0,8                |
| Risikoklasse 9  | 0,0          | 242,5                                | 51,0                                   | 0,0                 | 293,5            | 0,4                |
| Risikoklasse 10   | 0,0          | 109,7                                | 0,0                                    | 0,0                 | 109,7            | 0,2                |
| Risikoklasse 11   | 33,6         | 40,2                                 | 0,0                                    | 0,0                 | 73,7             | 0,1                |
| Risikoklasse 12   | 20,4         | 139,6                                | 0,0                                    | 0,0                 | 160,0            | 0,2                |
| Risikoklasse 13   | 0,0          | 91,3                                 | 0,0                                    | 0,0                 | 91,3             | 0,1                |
| Risikoklasse 14   | 22,9         | 109,7                                | 1,9                                    | 0,0                 | 134,6            | 0,2                |
| Gesamt  | 6.091,8      | 11.006,3                             | 30.211,3                               | 23.039,4            | 70.348,9         | 100,0              |

In obigem Bestand in Höhe von 70.348,9 Mio. Euro sind Wertpapiere und CDS in Höhe von 25.840,7 Mio. Euro enthalten. Die Bank verfolgt das Ziel, Wertpapiere und CDS bis zur Endfälligkeit zu halten. Mit Ausnahme der Rückkäufe eigener Emissionen sind alle Wertpapiere dem Anlagevermögen zugeordnet. Die Bank behandelt deshalb die Wertpapiere wie Kredite und wendet dementsprechend das gemilderte Niederstwertprinzip an. Im Wertpapierbestand der Bank besteht keine Teilwert-

berichtigung aufgrund dauerhafter Wertminderung. Die pauschalierte Einzelwertberichtigung in Höhe von 30,0 Mio. Euro auf das unbesicherte Wertpapierportfolio der PIIGS-Staaten wurde um 10,0 Mio. Euro auf 20,0 Mio. Euro vermindert. Die Wertpapiere und CDS weisen nachfolgend aufgeführte Bonitätsstruktur auf. Ersparte Niederstwertabschreibungen auf Wertpapiere sowie negative Marktwerte bei den CDS werden als stille Lasten ausgewiesen.

**RISIKOSTRUKTUR WERTPAPIERBESTAND/  
CDS PER 31.12.2014** in Mio. Euro

| Risiko-<br>klasse | Bestand  | Stille<br>Lasten | Spread-<br>risiken |
|-------------------|----------|------------------|--------------------|
| 1                 | 18.996,4 | 3,4              | 1.218,8            |
| 2                 | 2.991,3  | 0,9              | 68,9               |
| 3                 | 485,4    | 0,0              | 6,2                |
| 4                 | 1.585,3  | 2,4              | 24,4               |
| 5                 | 807,9    | 3,2              | 19,6               |
| 6                 | 620,3    | 0,1              | 15,4               |
| 7                 | 230,0    | 0,2              | 1,9                |
| 8                 | 74,1     | 7,8              | 3,5                |
| 9                 | 50,0     | 14,2             | 6,4                |
| 10 bis 14         | 0,0      | 0,0              | 0,0                |
| Gesamt            | 25.840,7 | 32,2             | 1.365,1            |

**Überwachung von problembehafteten Krediten**

Bei den problembehafteten Krediten unterscheidet die Bank zwischen non-performing loans und forborne loans,

wobei es auch solche Kredite gibt, die beide Merkmale aufweisen.

Bei den Krediten in der Problemerkreditbearbeitung werden alle Kredite gemäß § 19 KWG (das heißt inklusive außerbilanzielle und derivative Geschäfte), bei denen es starke Hinweise darauf gibt, dass zur Vermeidung bzw. Begrenzung von Verlusten Maßnahmen erforderlich werden, die über die Normalbetreuung und die bloße Intensivierung der Kundenkontakte und eine eventuelle Bestellung von Zusatzsicherheiten in Kooperation mit dem Kunden in der Intensivbetreuung hinausgehen. Hinweise sind neben Zahlungsstörungen insbesondere auch geringe Bonitäten (Risikoklasse 9 und schlechter). Das Volumen an Problemerkrediten umfasst auch die non-performing loans sowie den Teil an forborne loans, die sich nicht in der Bewährungszeit befinden.

Die Bank unterscheidet bei Problemerkrediten zwischen sonstigen Problemerkrediten (Risikoklassen 9 bis 12), Sanierungsengagements (Risikoklasse 13) und Abwicklungsengagements (Risikoklasse 14). Zum 31.12.2014 betrug der Bestand in der Problemerkreditbearbeitung 985,7 Mio. Euro. Dieser verteilte sich wie folgt auf die Geschäftsfelder der Bank.

**BESTAND IN DER PROBLEMKREDITBEARBEITUNG ZUM 31.12.2014** in Mio. Euro

|  | Risiko-<br>bestand<br>gesamt | Problemerkreditbestand |      | Sanie-<br>rung | Abwick-<br>lung | Abwick-<br>lungsquote<br>in % | Wert-<br>berichti-<br>gungen |
|--|------------------------------|------------------------|------|----------------|-----------------|-------------------------------|------------------------------|
|  |                              | Gesamt                 | In % |                |                 |                               |                              |
| Privatkunden                               | 6.091,8                      | 243,0                  | 4,0  | 195,6          | 47,4            | 0,8                           | 92,7                         |
| Unternehmen aus<br>dem Finanzsektor        | 30.211,3                     | 52,9                   | 0,2  | 51,0           | 1,9             | 0,0                           | 1,9                          |
| Sonstige Unternehmen<br>und Selbstständige | 11.006,3                     | 689,8                  | 6,3  | 563,7          | 126,1           | 1,1                           | 315,2                        |
| Öffentliche Hand                           | 23.039,4                     | 0,0                    | 0,0  | 0,0            | 0,0             | 0,0                           | 0,0                          |
| Gesamt                                     | 70.348,9                     | 985,7                  | 1,4  | 810,3          | 175,4           | 0,2                           | 409,8                        |

Als non-performing loan klassifiziert die Bank Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen mindestens einer der folgenden Sachverhalte vorliegt:

- Einzelwertberichtigung oder Abschreibung
- Zahlungsverzug größer 90 Tage
- Risikoklasse 13 und schlechter
- Kredite mit forbearance-Maßnahmen innerhalb der Bewährungszeit

Der Bestand an non-performing loans beträgt zum Jahresende 741,0 Mio. Euro. Hiervon sind 441,2 Mio. Euro (59,6 %) durch werthaltige Sicherheiten gedeckt. Für den verbleibenden Teil (299,8 Mio. Euro bzw. 40,5 %) bestehen Wertberichtigungen in Höhe von 248,7 Mio. Euro.

Forborne loans sind Kredite (ohne außerbilanzielle Geschäfte), bei denen die Bank dem Kreditnehmer Zugeständnisse (z. B. in Form von Stundungsvereinbarungen, Tilgungsstreckungen, Tilgungsaussetzungen oder Umschuldungen) aufgrund finanzieller Schwierigkeiten eingeräumt hat, um eine nicht mehr gegebene oder akut gefährdete Kapitaldienstfähigkeit des Kreditnehmers wiederherzustellen bzw. zu sichern. Ein Kredit ist bis zu zwei Jahre nach Wegfall der Zugeständnisse noch als forborne loan auszuweisen (Bewährungszeit). Der Bestand an forborne loans beträgt zum Jahresende 385,5 Mio. Euro.

### Bewertung von Risikokonzentrationen

Die Bank ist aufgrund ihres öffentlichen Auftrags bestimmten Risikokonzentrationen ausgesetzt.

Aus der Wohnraumförderung entsteht ein Konzentrationsrisiko bei den gestellten Sicherheiten. Der Wert der Wohnimmobilien wird nach den Vorgaben der Beleihungswertverordnung ermittelt, wobei die Bank die Privilegierungen für Kleindarlehen in Anspruch nimmt und bei diesen generell auf Besichtigungen verzichtet. Aufgrund

der Rahmenbedingungen in der Wohnraumförderung befindet sich ein Anteil von rund 48,0 % außerhalb des Realkredits. Die Sicherheit wird in Form von Grundschulden vertraglich geregelt.

Da sich die Förderung auf das Hoheitsgebiet des Gewährträgers beschränkt, besteht in der Wohnraumförderung ein Konzentrationsrisiko bezüglich Wohnimmobilien in Baden-Württemberg. Im Falle eines schweren konjunkturellen Abschwungs wird zum einen die Ausfallquote steigen, und zum anderen wird der Erlös aus der Verwertung der gestellten Sicherheit sinken. Zur Abschätzung dieses Risikos hat die Bank die Konjunkturereagibilität der einzelnen Regionen Baden-Württembergs analysiert. Die Bank hat außerdem die regionale Gefährdung der Zahlungsfähigkeit der Kreditnehmer in den einzelnen Regionen bei einem schweren konjunkturellen Abschwung untersucht. Die Gefahr, dass ein Kreditnehmer einer Region zahlungsunfähig wird, steigt mit der Exportabhängigkeit der Wirtschaft in dieser Region und mit der zum maßgeblichen Zeitpunkt herrschenden Arbeitslosigkeit in dieser Region. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit nimmt ab, wenn das Preisniveau für Wohnimmobilien niedrig und die Qualität der Infrastrukturanbindung in dieser Region gut ist. Die Gefahr der Zahlungsunfähigkeit wird ausgedrückt als Abweichung der Gefahr der Kreditnehmer einer Region von der Gefahr eines durchschnittlichen Kreditnehmers in Baden-Württemberg. Zur Feststellung der relativen Gefährdung wurde ein Scoringssystem verwendet. Untenstehende Tabelle zeigt den hiernach gegliederten Bestand an Wohnraumfinanzierungen der L-Bank. Der oberste Rang verweist auf die relativ höchste Gefährdung. 59,2 % der Finanzierungen in der Wohnraumförderung befinden sich in Regionen mit überdurchschnittlicher Konjunkturrempfindlichkeit (Rang 1 bis einschließlich Rang 4). Der Kreditbestand weist daher, gemessen an der Konjunkturrempfindlichkeit des Landes, eine leicht überdurchschnittliche Konjunkturrempfindlichkeit auf.

**FINANZIERUNG VON WOHNIMMOBILIEN  
IN BADEN-WÜRTTEMBERG PER 31.12.2014**

| Rang   | Bestand<br>in Mio. Euro | Anteil am Gesamt-<br>bestand in % |
|--------|-------------------------|-----------------------------------|
| 1      | 492,7                   | 4,8                               |
| 2      | 2.856,6                 | 28,1                              |
| 3      | 1.104,0                 | 10,9                              |
| 4      | 1.573,1                 | 15,4                              |
| 5      | 1.356,8                 | 13,3                              |
| 6      | 923,0                   | 9,1                               |
| 7      | 729,3                   | 7,2                               |
| 8      | 1.144,2                 | 11,2                              |
| Gesamt | 10.179,7                | 100,0                             |

Ein weiteres Sicherheitenkonzentrationsrisiko besteht bei den Gewährleistungen. Von den erhaltenen Gewährleistungen in Höhe von rund 8.866,6 Mio. Euro (ohne Anstaltslast und Gewährträgerhaftung) entfallen rund 7.252,3 Mio. Euro auf das Land Baden-Württemberg. Aufgrund der Bonität des Landes Baden-Württemberg sieht die Bank hier ein vernachlässigbares Risiko. Weitere 984,9 Mio. Euro gehen auf Bürgschaften/Garantien sonstiger inländischer Gebietskörperschaften zurück. 629,5 Mio. Euro basieren auf Bürgschaften/Garantien von Privatpersonen, Unternehmen, Banken, inländischen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die nicht Gebietskörperschaft sind, sowie ausländischen Zentral- und Regionalregierungen.

Aus dem Geschäftsmodell der Bank folgt ferner ein Konzentrationsrisiko bei Forderungen gegenüber Banken (29.006,7 Mio. Euro). Das Risiko der damit verbundenen Verflechtung auf dem Kapitalmarkt ist jedoch als äußerst gering einzustufen. Die L-Bank reicht Kredite zur Förderung der Wirtschaft über Hausbanken aus. Aus diesem Grund entfällt per 31.12.2014 ein Volumen in Höhe von 14.843,8 Mio. Euro auf diese Hausbankendarlehen. Diese Bankenforderungen sind über die Abtretung der Forderung an den Endkunden an die L-Bank abgesichert. Ein Volumen von 1.095,5 Mio. Euro geht darauf zurück, dass die Bank die Hausbanken in deren Endkundenrisiko entlastet hat. 13.057,4 Mio. Euro des Bankenengagements gehen auf Geschäfte zurück, die die Bank ergänzend zum Fördergeschäft tätigt. Hier legt die Bank günstige Refinanzierungsmittel bei risikolosen bzw. risikoarmen Adressen an. Von den genannten 13.057,4 Mio. Euro sind 9.779,0 Mio. Euro über Gewährträgerhaftung/Anstaltslast und 819,3 Mio. Euro über Pfandbriefe abgesichert. Die verbleibenden 2.459,2 Mio. Euro entfallen zu rund 89,4 % auf die Risikoklassen 1 bis 4. Rund 10,6 % befinden sich in den Risikoklassen 5 bis 8.

In regionaler Hinsicht besteht aufgrund des öffentlichen Auftrags ein Konzentrationsrisiko hinsichtlich der Region „Deutschland“. 88,1 % des risikorelevanten Bestandes befinden sich in Deutschland. Hiervon wiederum sind 65,8 % im Bundesland Baden-Württemberg und im Freistaat Sachsen angesiedelt.

| REGIONALSTRUKTUR DES KREDITPORTFOLIOS ZUM 31.12.2014 in Mio. Euro |                   |                                      |  |                     |                  |                    |
|---|-------------------|--------------------------------------|--|---------------------|------------------|--------------------|
|   | Privat-<br>kunden | Unternehmen<br>und<br>Selbstständige | Unternehmen<br>aus dem<br>Finanzsektor | Öffentliche<br>Hand | L-Bank<br>gesamt | Verteilung<br>in % |
| Deutschland<br>gesamt   | 6.091,4           | 10.620,3                             | 25.738,6                               | 19.558,4            | 62.008,6         | 88,1               |
| Belgien   | 0,0               | 0,0                                  | 0,0                                    | 171,1               | 171,1            | 0,2                |
| Finnland  | 0,0               | 0,0                                  | 0,0                                    | 325,6               | 325,6            | 0,5                |
| Frankreich  | 0,3               | 17,5                                 | 436,9                                  | 299,0               | 753,7            | 1,1                |
| Griechenland  | 0,0               | 0,0                                  | 0,0                                    | 0,0                 | 0,0              | 0,0                |
| Irland  | 0,0               | 0,0                                  | 532,0                                  | 0,0                 | 532,0            | 0,8                |
| Italien   | 0,0               | 0,0                                  | 133,4                                  | 401,0               | 534,4            | 0,8                |
| Luxemburg   | 0,0               | 10,0                                 | 66,7                                   | 0,0                 | 76,7             | 0,1                |
| Niederlande   | 0,0               | 72,6                                 | 617,1                                  | 497,8               | 1.187,5          | 1,7                |
| Österreich  | 0,0               | 144,1                                | 485,7                                  | 781,8               | 1.411,6          | 2,0                |
| Portugal  | 0,0               | 14,1                                 | 0,0                                    | 91,2                | 105,3            | 0,1                |
| Spanien   | 0,0               | 0,0                                  | 266,5                                  | 50,0                | 316,5            | 0,4                |
| Dänemark  | 0,0               | 0,0                                  | 128,9                                  | 275,6               | 404,4            | 0,6                |
| Großbritannien*   | 0,0               | 11,5                                 | 440,7                                  | 182,2               | 634,4            | 0,9                |
| Schweiz   | 0,2               | 59,2                                 | 200,5                                  | 0,0                 | 259,9            | 0,4                |
| Restl. Europa   | 0,0               | 0,0                                  | 17,4                                   | 405,6               | 423,0            | 0,6                |
| Europa gesamt   | 0,4               | 328,9                                | 3.325,8                                | 3.481,1             | 7.136,2          | 10,1               |
| USA   | 0,0               | 55,5                                 | 265,8                                  | 0,0                 | 321,3            | 0,5                |
| Restl. Ausland  | 0,0               | 1,6                                  | 881,1                                  | 0,0                 | 882,8            | 1,3                |
| Ausland gesamt  | 0,4               | 386,0                                | 4.472,7                                | 3.481,1             | 8.340,2          | 11,9               |
| Gesamt  | 6.091,8           | 11.006,3                             | 30.211,3                               | 23.039,4            | 70.348,9         | 100,0              |

\* Inklusive Guernsey, Jersey, Isle of Man und Cayman Islands.

In der Tabelle sind auch die Verbriefungen enthalten. Bei diesen erfolgte die Zuordnung zu einem Land anhand des Sitzlandes der emittierenden Zweckgesellschaft.

In den krisengefährdeten Europäerperipheriestaaten bestand per 31.12.2014 ein Risikobestand in Höhe von rund 1.488,2 Mio. Euro. Davon sind rund 236,8 Mio. Euro

(15,9%) über Gemeinschaftspfandbriefe, Pfandbriefe oder Covered Bonds besichert. Rund 542,2 Mio. Euro (36,4%) werden von Staaten geschuldet. Weitere rund 37,3% bzw. 555,8 Mio. Euro entfallen auf ungarantierte Verbriefungen. Gegenüber Banken bestehen unbesicherte Forderungen in Höhe von rund 90,0 Mio. Euro (6,0%).

### Steuerung und Überwachung des Adressenausfallrisikos

Die Steuerung des Adressenausfallrisikos erfolgt durch die Festlegung von individuellen Emittenten-, Kontrahenten- und kreditnehmerbezogenen Limiten. Durch die Festlegung von Portfoliolimiten für Risikoklassen, Branchen und Regionen werden Klumpenrisiken begrenzt. Hier sind der Bank aufgrund des öffentlichen Auftrags enge Grenzen gesetzt. Die Darstellung der Klumpenrisiken dient deshalb vor allem der Bewusstmachung der Konzentrationsrisiken, die mit dem öffentlichen Auftrag verbunden sind. Das maximale Kreditvolumen, das die Bank gegenüber einem Kreditnehmer hat, dessen wirtschaftliches Risiko außerhalb der Bundesrepublik Deutschland liegt, wird durch entsprechende Limite auf Länderebene begrenzt (Länderlimite).

Die Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer- und Länderlimite werden nach einer bankinternen Bonitätsanalyse vom Vorstand beschlossen und täglich überwacht. Bei einer Überschreitung des Limits werden taggleich entsprechende Gegenmaßnahmen veranlasst.

Die Klumpenrisiken des Kreditgeschäfts werden über Portfoliolimite für Branchen und Regionen gesteuert. Diese Limite werden vom Vorstand im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie festgelegt. Die Einhaltung der Portfoliolimite wird vierteljährlich überwacht. Bei Überschreitungen wird der Vorstand informiert und mögliche Gegenmaßnahmen werden vorgeschlagen.

Im Rahmen der Risikostrategie legt der Vorstand fest, welche Bonitätsanforderungen das nicht programmgebundene Fördergeschäft erfüllen muss, da diese Geschäfte im Wesentlichen im Rahmen der Banksteuerung getätigt werden und die Bank Erträge aus der Refinanzierung und nicht aus der Risikoübernahme erzielen will. Zur risikoadäquaten Steuerung wurde festgelegt, dass bei den Geschäften, bei denen die Höhe der Marge nicht förderpolitisch verbindlich vorgegeben ist, eine marktübliche risikoorientierte Marge zu bestimmen ist.

Basis der operativen Steuerung des Adressenausfallrisikos bilden die erstmaligen, laufenden und anlassbezogenen Bonitäts- und Sicherheitsbewertungen. Sie dienen der Portfoliosteuerung bei der Kreditgewährung wie auch der möglichst frühzeitigen Einleitung von Gegenmaßnahmen, um Verluste aus dem Kreditgeschäft zu minimieren. Im Rahmen dieses Risikofrüherkennungssystems erfolgen Analysen hinsichtlich Bonitätsverschlechterungen auf Kundenebene, der Kredite in der Intensiv- und Problemkreditbearbeitung, des Erfüllungsgrades des § 18 KWG sowie hinsichtlich der Veränderung der Erlösquoten bei ausgefallenen Krediten in der Wohnraumförderung.

Die festgelegten Prozesse für Problemkredite und notleidende Engagements umfassen ein geregeltes Mahnverfahren, das eine Wahrung der Ansprüche sowie einen möglichst frühzeitigen Forderungsausgleich sicherstellt.

Das Adressenausfallrisiko wird stark von der konjunkturellen Situation bestimmt. Insoweit kann sich eine konjunkturelle Verbesserung positiv auf die Risikostruktur des Portfolios auswirken und Auflösungen von Wertberichtigungen zur Folge haben.

## MARKTPREISRISIKO

Das Marktpreisrisiko ist der potenzielle Verlust aufgrund nachteiliger Veränderungen von Preisen auf den Geld- und Kapitalmärkten. Die Bank führt kein Handelsbuch. Marktpreisrisiken entstehen dementsprechend nur im Bankbuch. Marktpreisrisiken existieren in der Bank hauptsächlich in Form von Zinsänderungsrisiken und – in vernachlässigbarem Maß – Währungsrisiken.

Marktpreisrisiken aus strukturierten Geschäften und aus Fremdwährungsgeschäften werden durch entsprechende Microhedges ausgeschlossen. Die rechnerischen Marktpreisrisikopositionen gehen im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurück. Die Vermeidung sonstiger Zinspositionen, vor allem im mittel- und langfristigen Bereich, erfolgt hauptsächlich mittels Zinsswaps und Zinswährungsswaps. Der Bestand an Zinsswaps (inklusive Swaptions) betrug zum 31.12.2014 nominal 73.644,4 Mio. Euro. Zinswäh-

rungsswaps bestanden mit einem Nominalvolumen von 17.962,9 Mio. Euro. Die Sicherungsbeziehungen werden über Bewertungseinheiten im Sinne des § 254 HGB sowie im Rahmen der Währungsumrechnung nach § 256 a i. V. m. § 340 h HGB und der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs im Sinne von BFA 3 grundsätzlich auch bilanziell abgebildet.

## Quantitative Bewertung durch Value-at-Risk

Die Risiken aus unerwarteten Verlusten werden mittels eines VaR-Modells berechnet. Hierzu wendet die Bank die Methode der historischen Simulation an. Um unterschiedlichen Marktconstellationen umfassend Rechnung zu tragen, werden für die tägliche Überwachung der Steuerungslimite insgesamt zehn Modelle berechnet, wobei letztendlich jeweils der höchste Risikowert in die tägliche Auslastungsrechnung Eingang findet. Zur Überwachung der Risikotragfähigkeit werden aus Fortführungs- und Liquidationsperspektive je vier Modelle mit einem Konfidenzniveau von 99 % bzw. 99,98 % und einer Haltedauer von 250 Tagen berechnet, wovon ebenfalls jeweils der höchste Risikowert in der monatlichen Überwachung der Risikotragfähigkeit berücksichtigt wird. Dabei werden die Risiken im Fortführungsansatz aus periodischer Sicht dargestellt. Die Übersicht gibt einen Überblick über die Parametrisierung der aktuell durchgeführten Berechnungen:



## PARAMETRISIERUNG DER HISTORISCHEN SIMULATION

|  | Haltedauer<br>(Handelstage) | Historischer<br>Betrach-<br>tungszeitraum<br>(Handelstage) | Konfidenz-<br>niveau | Anwendung                                   |
|--|-----------------------------|--|----------------------|---|
| Absolute Zinsänderungen                | 10 und 25                   | 250  | 99,00%               | Tgl.<br>Limitüberwachung                    |
| Relative Zinsänderungen                | 10 und 25                   | 250  | 99,00%               | Tgl.<br>Limitüberwachung                    |
| Absolute Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 10 und 25                   | 250  | 99,00%               | Tgl.<br>Limitüberwachung                    |
| Relative Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 10 und 25                   | 250  | 99,00%               | Tgl.<br>Limitüberwachung                    |
| Gewichtete Zinsänderungen              | 10 und 25                   | 250  | 99,00%               | Tgl.<br>Limitüberwachung                    |
| Absolute Zinsänderungen                | 250                         | 2.500  | 99,00%               | RTF,<br>Fortführungsansatz,<br>periodisiert |
| Relative Zinsänderungen                | 250                         | 2.500  | 99,00%               | RTF,<br>Fortführungsansatz,<br>periodisiert |
| Absolute Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 250                         | 2.500  | 99,00%               | RTF,<br>Fortführungsansatz,<br>periodisiert |
| Relative Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 250                         | 2.500  | 99,00%               | RTF,<br>Fortführungsansatz,<br>periodisiert |
| Absolute Zinsänderungen                | 250                         | 5.000  | 99,98%               | RTF,<br>Liquidationsansatz                  |
| Relative Zinsänderungen                | 250                         | 5.000  | 99,98%               | RTF,<br>Liquidationsansatz                  |
| Absolute Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 250                         | 5.000  | 99,98%               | RTF,<br>Liquidationsansatz                  |
| Relative Zinsänderungen,<br>gespiegelt | 250                         | 5.000  | 99,98%               | RTF,<br>Liquidationsansatz                  |

Nachfolgende Darstellung gibt einen Überblick über die Belegung der Gesamtverlustobergrenze durch die Marktpreisrisiken im Jahresverlauf 2014:

| VALUE-AT-RISK FÜR DAS MARKTPREISRISIKO 2014 in Mio. Euro |            |          |            |          |            |          |            |          |            |          |
|--|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|
|  | 01.01.2014 |          | 31.03.2014 |          | 30.06.2014 |          | 30.09.2014 |          | 31.12.2014 |          |
|  | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung |
| Gesamtverlustobergrenze                                  | 940,0      | 334,9    | 940,0      | 283,8    | 940,0      | 302,4    | 940,0      | 297,0    | 940,0      | 347,4    |
| Anteil Marktpreisrisiken in %                            | 26,6       | 8,0      | 26,6       | 9,4      | 26,6       | 21,2     | 26,6       | 13,0     | 26,6       | 21,2     |
| Marktpreisrisiken  | 250,0      | 26,8     | 250,0      | 26,6     | 250,0      | 64,0     | 250,0      | 38,6     | 250,0      | 73,6     |

#### Qualitative Bewertung durch Stressszenarien

VaR-Werte ermöglichen die Quantifizierung möglicher unerwarteter Verluste unter der Prämisse bestimmter Marktkontinuitäten. Da solche steten und linearen Marktbewegungen gerade aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre nicht durchgängig unterstellt werden können, werden systematisch ergänzend Stress-, Extrem- und Worst-Case-Szenarien simuliert.

Im Rahmen der Stresstests werden mögliche Verluste durch verschieden ausgeprägte extreme Marktbewegun-

gen untersucht. Unter anderem werden auch die Auswirkungen einer aufsichtlich vorgegebenen Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve um 200 Basispunkte nach oben bzw. nach unten mit der Auswirkung des hierdurch entstehenden Verlustes auf das haftende Eigenkapital überprüft. Da die offenen Zinsrisikopositionen im mittel- und langfristigen Bereich im Wesentlichen auf die Anlage des Eigenkapitals zurückgehen, handelt es sich bei dem ausgewiesenen Verlust in großen Teilen um einen kalkulatorischen Ertragsrückgang. Die folgende Tabelle zeigt den Verlust des Marktwertes bei einer entsprechenden Parallelverschiebung der Zinsstrukturkurve:

| NEGATIVE BARWERTÄNDERUNG AUFGRUND EINES 200-BASISPUNKTE-SHIFTS DER ZINSKURVE |                          |              |                 |              |                 |                      |
|--|--------------------------|--------------|-----------------|--------------|-----------------|----------------------|
|  | Jahresende<br>31.12.2014 |              | Maximum<br>2014 |              | Minimum<br>2014 | Durchschnitt<br>2014 |
| Barwertverlust in Mio. Euro  | 436,8                    | (30.01.2014) | 538,8           | (27.10.2014) | 368,0           | 437,0                |
| Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %                         | 12,3                     | (30.01.2014) | 15,8            | (24.10.2014) | 10,3            | 12,4                 |
| Barwertverlust mit Fälligstellung Eigenkapital in Mio. Euro                  | 80,4                     | (30.01.2014) | 157,6           | (24.10.2014) | 4,9             | 64,9                 |
| Anteil am haftenden Eigenkapital gemäß § 10 KWG in %                         | 2,3                      | (30.01.2014) | 4,6             | (24.10.2014) | 0,1             | 1,8                  |

## STEUERUNG DER MARKTPREISRISIKEN

Basis der Steuerung der Marktpreisrisiken bilden die vom Vorstand vorgegebenen VaR-Limite. Als weitere Begrenzung des Zinsänderungsrisikos im Bankbuch gibt der Vorstand regelmäßig eine laufzeitbezogene Planrisikostruktur vor. Diese stellt das angestrebte Zinsrisikoprofil dar. Die zulässige Abweichung der Ist- von der Planrisikostruktur ist durch ein Limit pro Laufzeitband begrenzt.

Die Überwachung des Zinsänderungs- und des Währungsrisikos erfolgt durch den Bereich Controlling, der die täglich ermittelten VaR-Werte den vorgegebenen Limiten gegenüberstellt. Ein täglicher Risikobericht informiert jeweils die für das Risikocontrolling und die Handelsbereiche zuständigen Vorstandsmitglieder. Der Gesamtvorstand wird darüber hinaus monatlich in einem Gesamtbericht über die Marktpreisrisiken informiert.

Die Bank erzielt ihre Erträge weitgehend aus der Anlage des Eigenkapitals sowie aus dem marga-gesteuerten Kreditgeschäft. Zinsänderungsrisiken gehen hauptsächlich auf die längerfristige Anlage des Eigenkapitals zurück. Ein Anstieg der Kapitalmarktzinsen würde sich positiv auf den Zinsüberschuss auswirken.

## LIQUIDITÄTSRISIKO

Das Liquiditätsrisiko umfasst in der L-Bank zum einen das Risiko, dass Zahlungsverpflichtungen zum Zeitpunkt der Fälligkeit nicht nachgekommen werden kann (Zahlungsunfähigkeitsrisiko). Zum anderen beinhaltet es das Risiko, dass bei Bedarf nicht ausreichend Liquidität zu den erwarteten Konditionen beschafft werden kann (Refinanzierungsrisiko).

Die ausgezeichnete Kapitalmarktposition der L-Bank auf Basis der Garantie des Landes Baden-Württemberg ermöglichte im Berichtsjahr eine sowohl an den Bank- als auch an den Investoreninteressen ausgerichtete Refinanzierung. Insgesamt konnte somit eine kosten- und strukturoptimierte Refinanzierung entsprechend der Planung erreicht werden. Liquiditätsreserven mussten zu keinem Zeitpunkt in Anspruch genommen werden.

### Quantitative Bewertung mittels Value-at-Risk

Das Refinanzierungsrisiko besteht in der Gefahr einer potenziellen Verschlechterung der Refinanzierungsmöglichkeiten der L-Bank. Die Ermittlung des VaR für dieses Risiko erfolgt auf Basis der in der Vergangenheit

### VALUE-AT-RISK FÜR DAS REFINANZIERUNGSRISIKO 2014 in Mio. Euro

|                                | 01.01.2014 |          | 31.03.2014 |          | 30.06.2014 |          | 30.09.2014 |          | 31.12.2014 |          |
|--------------------------------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|
|                                | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung |
| Gesamtverlustobergrenze        | 940,0      | 334,9    | 940,0      | 283,8    | 940,0      | 302,4    | 940,0      | 297,0    | 940,0      | 347,4    |
| Anteil Liquiditätsrisiken in % | 6,9        | 3,0      | 6,9        | 1,3      | 6,9        | 0,0      | 6,9        | 0,0      | 6,9        | 0,0      |
| Liquiditätsrisiken             | 65,0       | 10,0     | 65,0       | 3,8      | 65,0       | 0,0      | 65,0       | 0,0      | 65,0       | 0,0      |

beobachteten Veränderungen der Refinanzierungsbedingungen der L-Bank. Es wird angenommen, dass die Bank die Auszahlungsüberschüsse zu verschlechterten Konditionen refinanziert. Die daraus resultierenden barwertigen Aufwendungen bilden den VaR.

### Quantitative Bewertung mittels regulatorischer Kennziffer

Das Zahlungsunfähigkeitsrisiko wird auf Grundlage der Kennziffern gemäß der Liquiditätsverordnung vom Bereich Controlling überwacht. Die Liquiditätskennzahl wird monatlich im Rahmen der Meldung gemäß der Liquiditätsverordnung ermittelt. Hierbei werden die in den folgenden 30 Tagen erwarteten Einzahlungen den im gleichen Zeitraum erwarteten Auszahlungen gegen-

übergestellt. Die Einzahlungen müssen im Betrachtungszeitraum größer als die Auszahlungen sein. Zum Jahresende belief sich die Liquiditätskennzahl auf 6,44, im Jahresdurchschnitt betrug sie 3,67.

### Quantitative Bewertung auf Basis von Stressszenarien

Die Bank hält Liquiditätsreserven zur Deckung des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs vor. Zur Ermittlung dieser Liquiditätsreserven wird der Wertpapierbestand nach hochliquiden (7-Tage-Liquiditätspuffer), liquiden (30-Tage-Liquiditätspuffer) und sonstigen Wertpapieren kategorisiert. Für die Zeithorizonte von einer Woche bzw. einem Monat ist sicherzustellen, dass der Liquiditätsbedarf durch entsprechende Liquiditätspuffer gedeckt werden kann.

Die Bank stellt sicher, dass sie in der Lage ist, auch den zusätzlichen Refinanzierungsbedarf, der sich aus Stressszenarien über einen Zeithorizont von mindestens einem Monat ergibt, mit Liquiditätsreserven zu überbrücken. Dazu werden Stressszenarien untersucht, die auf institutseigenen, marktweiten bzw. kombinierten Ursachen beruhen. Die Überprüfung der Liquiditätspuffer wird monatlich durchgeführt. Durch die Limitierung und tägliche Überwachung des maximalen Liquiditätsbedarfs eines Monats wird sichergestellt, dass der Liquiditätspuffer nicht nur am Betrachtungstichtag, sondern im gesamten folgenden Monat ausreicht, um den Bedarf an Refinanzierungsmitteln zu decken.

Bei der Liquiditätsvorausschau wird aus Vorsichtsgründen bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 der maximal erlaubte monatliche Liquiditätsbedarf von 10.500,0 Mio. Euro (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) angesetzt, auch wenn die Liquiditätsvorausschau einen geringeren Liquiditätsbedarf anzeigt. Im Rahmen der Liquiditätssteuerung werden auch Stressszenarien

#### LIQUIDITÄTSKENNZAHLE 2014 NACH LIQUIDITÄTSVERORDNUNG

| Monat                      | Liquiditätskennzahl |
|----------------------------|---------------------|
| Januar                     | 2,16                |
| Februar                    | 2,28                |
| März                       | 2,23                |
| April                      | 2,52                |
| Mai                        | 3,50                |
| Juni                       | 3,61                |
| Juli                       | 2,70                |
| August                     | 4,51                |
| September                  | 4,47                |
| Oktober                    | 3,78                |
| November                   | 5,85                |
| Dezember                   | 6,44                |
| Durchschnittliche Kennzahl | 3,67                |

durchgeführt. In einem institutsspezifischen Stressszenario werden die vorzeitigen Liquiditätsabflüsse durch die Ausübung aller Kündigungsrechte aus Passivgeschäften innerhalb eines Monats unterstellt. In einem marktweiten Stressszenario wird die sofortige Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen in allen Laufzeiten um 100 bp bei gleichzeitigem Kursrückgang aller Wertpapiere in Höhe des Haircuts simuliert. Außerdem werden beide Szenarien ohne Berücksichtigung risikomindernder Korrelationseffekte kombiniert betrachtet.

Bei den Stressszenarien wird bei der Überprüfung des Liquiditätspuffers als Liquiditätsbedarf der Tage 8 bis 30 das Maximum aus dem maximal erlaubten monatlichen Liquiditätsbedarf (abzüglich des Liquiditätsbedarfs für die Tage 1 bis 7) und dem auf Basis des Stressszenarios errechneten Liquiditätsbedarf angesetzt.

Die geringen Abweichungen der Liquiditätsvorausschau von den Stressszenarien gehen zum einen darauf zurück, dass die Liquiditätsvorausschau dem Vorsichts-

prinzip folgend erstellt und z. B. keine Verlängerung von fälligen Termingeldern unterstellt wird. Weiter hat die Bank aufgrund ihres Geschäftsmodells bei den Refinanzierungen in nur sehr vernachlässigbarem Maße unbestimmte Zahlungsströme, die in Stresssituationen zu unerwartetem Liquiditätsbedarf führen könnten.

### Steuerungsvorgaben

Die operative Liquiditätssteuerung obliegt dem Bereich Treasury. Grundlage dafür ist eine IT-gestützte Liquiditätsvorausschau, in der sämtliche erwarteten Zahlungsströme der nächsten zehn Jahre dargestellt werden. Dabei erfolgt für den laufenden Monat sowie für die folgenden beiden Monate eine Tagesbetrachtung. Die restlichen Monate des laufenden Geschäftsjahres sowie das folgende Geschäftsjahr werden monatsweise betrachtet. Für die Jahre 3 bis 10 erfolgt eine Jahresbetrachtung. Bei der Erstellung dieser Liquiditätsvorausschau unterstellt die Bank die vertraglich festgelegten Laufzeiten.

#### LIQUIDITÄTSPUFFER UNTER STRESSSZENARIEN PER 31.12.2014 in Mio. Euro

|                          | Liquiditätsvorausschau | Stressszenario           |                     |  |
|--------------------------|------------------------|--------------------------|---------------------|--|
|                          |                        | Institutseigene Ursachen | Marktweite Ursachen | Institutseigene und marktweite Ursachen kombiniert |
| Tag 1 bis Tag 7          |                        |                          |                     |  |
| Liquiditätspuffer        | 15.063,9               | 15.063,9                 | 14.552,4            | 14.552,4   |
| Liquiditätsbedarf        | 837,6                  | 837,6                    | 865,0               | 865,0  |
| Freier Liquiditätspuffer | 14.226,3               | 14.226,3                 | 13.687,4            | 13.687,4   |
| Tag 8 bis Tag 30         |                        |                          |                     |  |
| Liquiditätspuffer        | 16.678,6               | 16.678,6                 | 15.823,7            | 15.823,7   |
| Liquiditätsbedarf        | 9.662,5                | 9.748,0                  | 9.662,5             | 9.748,0  |
| Freier Liquiditätspuffer | 7.016,2                | 6.930,7                  | 6.161,3             | 6.075,8  |

Bei zukünftigen Zinsanpassungen in der Wohnraumförderung wird der aktuelle Nominalzins fortgeschrieben. Für Termingelder gehen keine Prolongationsannahmen ein. Diese werden tagesaktuell im Rahmen der Liquiditätssteuerung berücksichtigt. Planzahlen für zu erwartende Auszahlungen werden monatlich auf Basis der Neugeschäftsplanungen aktualisiert.

Bei der Steuerung des Liquiditätsrisikos hat die Bank verschiedene Vorgaben festgelegt: Der Anteil an einer Wertpapieremission sowie der Liquiditätsbedarf eines Monats wurden limitiert. Die Bestände an EZB-fähigen sowie an täglich liquidierbaren Wertpapieren dürfen einen Mindestbetrag nicht unterschreiten.

Das Liquiditätsrisiko wird täglich bewertet und zusammen mit den Marktpreisrisiken den zuständigen Vorstandsmitgliedern täglich berichtet.

Aufgrund der expliziten Garantie des Landes Baden-Württemberg für die Refinanzierungen der Bank kann sich die L-Bank sehr günstig refinanzieren. In Zeiten angespannter Finanzmärkte verbesserten sich die eigenen Refinanzierungsspreads deutlich. Chancen ergeben sich für die Bank, sofern die Anleger verstärkt ihr Geld in sichere Adressen anlegen.

## OPERATIONELLES RISIKO

Das operationelle Risiko besteht in der Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen und Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten können. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein.

### Bewertungsverfahren und Steuerung

Für die operationellen Risiken wird der VaR mit Hilfe eines Modells geschätzt, das in der Versicherungswirtschaft zur Ermittlung des Risikos von Großschadensereignissen verwendet wird. Grundlage hierfür sind historische Beobachtungen und Expertenschätzungen hinsichtlich der Eintrittswahrscheinlichkeit und des Schadensausmaßes von Störungen jedes risikobehafteten Prozesses der Bank. Die in einem Audit-Verfahren geprüften Schätzungen werden zu einem VaR der Gesamtbank aggregiert. Der Rückgriff auf Schätzungen ist notwendig, da bisher in der Bank nur in geringer Anzahl Schadensfälle aus operationellen Risiken aufgetreten sind und diese nur eine geringe Schadensfolge zeigten. Eine fundierte Berechnung des VaR auf Basis historischer Datenreihen ist daher nicht möglich.

### VALUE-AT-RISK FÜR DAS OPERATIONELLE RISIKO 2014 in Mio. Euro

|                                   | 01.01.2014 |          | 31.03.2014 |          | 30.06.2014 |          | 30.09.2014 |          | 31.12.2014 |          |
|-----------------------------------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|
|                                   | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung | Limit      | Belegung |
| Gesamtverlustobergrenze           | 940,0      | 334,9    | 940,0      | 283,8    | 940,0      | 302,4    | 940,0      | 297,0    | 940,0      | 347,4    |
| Anteil operationelle Risiken in % | 1,1        | 1,2      | 1,1        | 1,4      | 1,1        | 1,3      | 1,1        | 1,0      | 1,1        | 0,9      |
| Operationelles Risiko             | 10,0       | 3,9      | 10,0       | 3,9      | 10,0       | 4,0      | 10,0       | 3,1      | 10,0       | 3,1      |

Operationelle Risiken und ihre Höhe werden mit Hilfe strukturierter Interviews in allen Fachbereichen erhoben und bewertet. Die identifizierten Risiken werden fünf Kategorien zugeordnet. Diese bemessen sich nach den finanziellen Auswirkungen, die ein potenzieller Risikoeintritt auf die Vermögenslage der Bank hat, und nach der erwarteten Häufigkeit eines solchen Eintritts.

Neben in üblichem Umfang abgeschlossenen Versicherungen zur Minderung der wirtschaftlichen Auswirkungen von bestimmten Schadensfällen bildet das eingerichtete interne Kontrollsystem die Grundlage der Vermeidung operationeller Risiken. Es umfasst umfangreiche im- und explizite Verfahrensschritte zur Sicherstellung der Prozessabläufe (z. B. Vier-Augen-Prinzip, zufallsgesteuerte Stichprobenkontrollen, Neue-Produkte-Prozess bei neuartigen Geschäften oder Prozessen, explizite Freigabe von Auszahlungen über 1,0 Mio. Euro, IT-Berechtigungs-Management zum Ausschluss von nicht miteinander zu vereinbarenden Tätigkeiten, strenge Auswahlkriterien bei Neueinstellungen). Basis bildet die schriftlich fixierte Ordnung der Bank, deren Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation modular erstellt sind.

Weiter wird durch die laufende Überprüfung der Einhaltung entsprechender gesetzlicher Rechtsvorschriften (z. B. Wertpapiercompliance, Geldwäsche- und Betrugsprävention, Datenschutz) das operationelle Risiko verringert. Aufgrund der Neuregelung der MaRisk und im Einklang mit dem Public Corporate Governance Kodex des Landes Baden-Württemberg wurde im Berichtsjahr die bestehende Compliance-Funktion ausgebaut. Die Compliance-Funktion soll Risiken ausschließen, die sich aus der Nichteinhaltung rechtlicher Regelungen ergeben können. Hierzu hat die Compliance-Funktion auf die Implementierung wirksamer Verfahren zur Einhaltung der für die L-Bank wesentlichen rechtlichen Regelungen und Vorgaben und entsprechender Kontrollen hinzuwirken. Zu den Aufgaben von Compliance gehört auch die Überwa-

chung der bestehenden gesetzlichen Rechtsvorschriften zur Geldwäsche- und Betrugsprävention sowie zum Datenschutz. Deren Einhaltung wird durch geeignete organisatorische Maßnahmen sowie die laufende Kontrolle der relevanten Geschäftsvorfälle gewährleistet. Im Berichtsjahr wurden die Verfahrensabläufe zur Umsetzung der geldwäscherechtlichen Sorgfaltspflichten optimiert. Neben weiteren Maßnahmen wurde insbesondere die Identifizierung der Kunden in der Wohnraumeigentumsförderung vollständig auf das Postident-Verfahren umgestellt. Bei den datenschutzrechtlichen Aktivitäten standen die Prüfung von Anfragen der Fachbereiche hinsichtlich des Kundendatenschutzes, der Belange des Mitarbeiterdatenschutzes sowie die Überarbeitung der Datenschutzerklärung im Internetauftritt der Bank im Vordergrund. Außergewöhnliche Vorkommnisse waren im Berichtsjahr in keinem der genannten Aufgabenfelder zu verzeichnen.

Bezüglich der Ablauforganisation unterscheidet die Bank zwischen Arbeitsanordnungen, die Handlungsvorschriften mit bindendem Charakter darstellen, und Handbüchern. Arbeitsanordnungen gelten unabhängig von der eingesetzten IT und den zugrunde liegenden Workflows. Arbeitshandbücher beinhalten dagegen konkrete Ablaufbeschreibungen bzw. IT-Benutzerhandbücher. Die Bank hat den gesamten Kreditbearbeitungsprozess in die Bearbeitungsschritte Kreditgewährung, Kreditweiterbearbeitung, Problemkreditbearbeitung, Sanierung und Abwicklung gegliedert. Für jeden Bearbeitungsschritt wurden Kriterien festgelegt, die bei der Bearbeitung der Kredite zu beachten sind. Diese Bearbeitungskriterien stellen den Kreditmasterprozess dar. Auch für die Handelsgeschäfte wurde ein Masterprozess festgelegt. In diesem wurden die Bearbeitungskriterien für die Überprüfung der Abschlussmöglichkeit, für die Vereinbarung, Erfassung, Weiterleitung und Änderung der Abschlussdaten, für die Fortschreibung des Handelsbestandes, für die rechtliche Ausgestaltung der Verträge, für den Abschluss außerhalb der Bankge-

schäftsräume und außerhalb der üblichen Arbeitszeit (Spätgeschäfte), für das Aufzeichnen und Abhören von Telefongesprächen sowie für die laufenden Kontrolltätigkeiten im Rahmen der Abwicklung und Kontrolle festgelegt.

In Regelungen zur Aufbauorganisation wird beschrieben, wo welche Geschäftsaktivitäten ausgeübt werden (Organisationsplan und Geschäftsverteilungsplan). In Regelungen zur „Geschäftsführung und Vertretung“ ist geregelt, wer welche Geschäftsaktivitäten ausüben darf. In Dienstvereinbarungen und Vorgaben für das Personal sind arbeits- und dienstrechtliche Vorgaben geregelt.

## WESENTLICHE MERKMALE DES INTERNEN KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEMS IM HINBLICK AUF DEN RECHNUNGSLEGUNGSPROZESS

Die L-Bank hat bezüglich ihrer Prozesse in der Rechnungslegung ein durchgängiges internes Kontroll- und Risikomanagementsystem eingerichtet, das laufend überprüft und fortentwickelt wird. Es umfasst sowohl aufbau- wie auch ablauforganisatorische Regelungen. Die Regelungen gewährleisten die Einhaltung der in Bezug auf die Rechnungslegung bestehenden Standards und Vorschriften sowie die Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung. Der hierdurch erfasste Rechnungslegungsprozess reicht von der Kontierung und Verarbeitung eines Geschäftsvorfalles bis zur Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht. Die Verantwortung für die Gestaltung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems obliegt dem Vorstand der L-Bank. Für die Umsetzung ist der Bereich Rech-

nungswesen in Zusammenarbeit mit den Bereichen Controlling und Zahlungsverkehr zuständig. Die Funktionsfähigkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontroll- und Risikomanagementsystems wird ferner durch regelmäßige prozessunabhängige Prüfungen der Internen Revision überwacht.

Die L-Bank bilanziert nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) unter Berücksichtigung der Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung. Diese Regelungen werden in internen Handbüchern und Arbeitsanweisungen für die Arbeitsabläufe in der L-Bank konkretisiert. Die regelmäßige Überwachung der internen Dokumente und deren Anpassung an gesetzliche und regulatorische Änderungen nimmt der Bereich Rechnungswesen vor. Durch das umfassende interne Berichtswesen sowie die Einbindung des Bereichs Rechnungswesen in den für die Einführung neuer Produkte geltenden standardisierten Prozess wird auch die korrekte rechnungslegungsbezogene Abbildung neuer Produkte sichergestellt.

Die Dokumentation des Rechnungslegungsprozesses ist nachvollziehbar gegliedert. Die entsprechenden Unterlagen werden unter Beachtung der gesetzlichen Fristen aufbewahrt.

Die im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess wesentlich beteiligten Bereiche haben klar getrennte Funktionen: Die Darlehens-, Wertpapier- und Passivbuchhaltung erfolgt in Nebenbüchern im Bereich Zahlungsverkehr. Die Daten werden jeweils über eine automatisierte Schnittstelle ins Hauptbuch übertragen. Für die Hauptbuchhaltung, die Festlegung der Kontierungsregeln, der Buchungssystematik und der Buchungsprogrammsteuerung sowie für die Administration des Finanzbuchhaltungssystems ist der Bereich Rechnungswesen zuständig.



Die L-Bank setzt in der Finanzbuchhaltung Standardsoftware ein. Diese unterstützt

- den Schutz vor unbefugten Zugriffen durch die Vergabe kompetenzadäquater Berechtigungen,
- die Fehlervermeidung durch Plausibilitätsprüfungen sowie
- die Fehlerentdeckung durch das Vier-Augen-Prinzip, standardisierte Abstimmungsroutrinen und Soll-Ist-Vergleiche.

Gleichzeitig dienen diese Maßnahmen dem korrekten Ansatz und Ausweis sowie einer plausiblen Bewertung von Vermögensgegenständen und Schulden.

Jahresabschluss und Lagebericht werden aus der Finanzbuchhaltung abgeleitet. Insbesondere für den Lagebericht werden ergänzend Finanz- und Risiko-

controllingdaten aus dem internen Managementinformationssystem herangezogen, die einem vergleichbaren internen Kontrollsystem unterliegen. Jahresabschluss und Lagebericht werden zudem in ihrer Gesamtheit weiteren manuellen Kontrollen im Vier-Augen-Prinzip unterzogen.

Im Rahmen des rechnungslegungsbezogenen Risikomanagementsystems erfolgt eine zeitnahe, verlässliche und relevante Berichterstattung an die Geschäfts- und Bereichsleitung. Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse werden regelmäßig vom Vorstand über die aktuelle Geschäftsentwicklung unterrichtet. Außerdem erfolgt eine zeitnahe Information bei besonderen Ereignissen.

# BERICHT DES VERWALTUNGSRATS



Der Verwaltungsrat und seine Ausschüsse haben die ihnen durch Gesetz, Satzung und Geschäftsordnung übertragenen Aufgaben wahrgenommen. Der Risikoausschuss des Verwaltungsrates nimmt zugleich die Aufgaben des Prüfungsausschusses sowie die ihm übertrage-

nen Entscheidungskompetenzen im Beteiligungs- und Kreditgeschäft der Bank wahr. Dem Personalausschuss des Verwaltungsrates obliegen die Aufgaben des Nominierungs- und des Vergütungskontrollausschusses sowie bestimmte Zuständigkeiten in Personalangelegenheiten.

Der Vorstand unterrichtete den Verwaltungsrat und seine Ausschüsse im Berichtsjahr laufend über die Entwicklung der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorfälle. Die regelmäßige Berichterstattung umfasste insbesondere den Bericht über die Geschäftsstrategie, die Risikostrategie, die Geschäftsentwicklung, die vierteljährlichen Berichte zur Risikosituation der Bank sowie den Bericht über die Ausgestaltung der Vergütungssysteme der L-Bank. Die Interne Revision der Bank berichtete vierteljährlich dem Risikoausschuss sowie in einem Jahresbericht dem Risikoausschuss und dem Verwaltungsrat über die durchgeführten Prüfungen und die Prüfungsergebnisse im Jahr 2014. Dem Verwaltungsrat wurden im Berichtsjahr ferner ein Compliance-Bericht sowie ein Vergütungskontrollbericht vorgelegt.

Die Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Stuttgart, nahm die gesetzlich vorgeschriebene

Abschlussprüfung für das Geschäftsjahr 2014 vor. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk wurde erteilt. Der Abschlussprüfer nahm an den Beratungen des Verwaltungsrats und des Risikoausschusses in seiner Funktion als Prüfungsausschuss über den Jahresabschluss 2014 teil. Dabei berichtete der Abschlussprüfer über die wesentlichen Ergebnisse der Prüfung, beantwortete Fragen und gab ergänzende Auskünfte. Der Verwaltungsrat erörterte den Bericht des Abschlussprüfers und erhob nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung keine Einwendungen.

In seiner Sitzung am 4. Mai 2015 hat der Verwaltungsrat den Jahresabschluss der Bank für das Jahr 2014 festgestellt und den Lagebericht zur Kenntnis genommen.

Der Verwaltungsrat hat dem Vorschlag des Vorstands zugestimmt, aus dem Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2014 in Höhe von 50.250.540,41 Euro den anderen Gewinnrücklagen 50.000.000,00 Euro zuzuführen und den verbleibenden Betrag von 250.540,41 Euro auf neue Rechnung vorzutragen.

Stuttgart, 4. Mai 2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats

Dr. Nils Schmid MdL

Finanz- und Wirtschaftsminister  
des Landes Baden-Württemberg